

**Protokoll des Einwohnerrates
14. Juni 2023**

Vorsitz	Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	37
Ort	Campussaal, Bahnhofstrasse 6, Windisch
Entschuldigungen	Ligia Vogt (SP) Werner Rupp (SVP)
Aufschaltung Axioma	18. September 2023
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum Montag, 9. Oktober 2023 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die Gäste und die anwesenden Pressevertreter zur 265. Sitzung willkommen.

Tr a k t a n d e n l i s t e

- 1 Inpflichtnahme James Bruderer (FDP) und Jonathan Schibli (EVP) als Mitglieder des Einwohnerrates
- 2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 3 Geschäftsbericht 2022; Genehmigung
- 4 Rechnung 2022 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung
- 5 Genehmigung Kreditabrechnung Medien- und Informatikkonzept Schule Windisch
- 6 Genehmigung Kreditabrechnung Erneuerung Tulpen- und Pappelweg
- 7 Genehmigung Kreditabrechnung Campussaal; Betriebsbeiträge 2018 - 2022
- 8 Ersatzwahl FiGPK
- 9 Verpflichtungskredit Aufbau Regionale Integrationsfachstelle (RIF)
- 10 Erneuerung Klosterzelgstrasse; Zusatzkredit
- 11 Verpflichtungskredit Heizungserneuerung Werkhof und Annexbauten
- 12 Motion FDP-Fraktion «Primarschule, planbare geschwisterkompatible Stundenpläne»; Überweisung
- 13 Motion FDP-Fraktion «Primarschule, Unterrichtsbeginn 13.30 Uhr»; Überweisung
- 14 Postulat FDP-Fraktion «Einführung Tagesschule»; Überweisung
- 15 Beantwortung von gestellten Fragen 14.06.2023
- 16 Mitteilungen des Gemeinderats 14.06.2023
- 17 Neueingänge 14.06.2023

Die Traktandenliste gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Vielleicht ist noch eine kleine Änderung notwendig. Der Gemeinderat wird unter seinen Mitteilungen zu einigen Themen informieren. Ist eine zweite Sitzung notwendig, muss über ein Thema bereits heute informiert werden.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023****1 Inpflichtnahme James Bruderer (FDP) und Jonathan Schibli (EVP) als Mitglieder des Einwohnerrates**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglements des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2022/2025 in Pflicht:

- James Bruderer (FDP)
- Jonathan Schibli (EVP)

Eine Bemerkung kann ich mir bei diesen beiden neuen Mitgliedern nicht verkneifen: In Windisch haben wir gewisse Dynastien.

2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP):

Sitzungsort Einwohnerratssitzungen

Wir tagen wieder im halben Campussaal. Das Büro hat entschieden, dass die Sitzungen dieses und nächstes Jahr hier stattfinden. Der Saal im 8. Stock des Gemeindehauses wird für die Verwaltung benötigt. Einzige Alternativen sind der Campussaal oder die Dorfturnhalle, weitere sind weder dem Büro noch Stefan Wagner bekannt. Die effektiven Vollkosten für die Januar- und März-Sitzung waren für beide Orte in etwa gleich hoch. Beim Campussaal ist der Vorbereitungsaufwand für den Ratssekretär einiges kleiner als in der Dorfturnhalle. Deshalb haben wir uns für den Campussaal entschieden. Dies ist aber nicht die Zukunft. Das Volk hat den Kredit für den Neubau des Schulhauses Dohlenzelg genehmigt. Hier entsteht ein grosszügiges Foyer für Veranstaltungen. Die Idee ist, dass die Einwohnerratssitzungen inskünftig in diesem Foyer stattfinden. Entscheiden wird das dannzumal im Amt stehende Büro.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**Rücktritte

Irene Kistler (SVP) hat am 01. Mai 2023 aus persönlichen Gründen ihren Rücktritt eingereicht. Sie ist heute nicht mehr anwesend, deshalb ist die maximale Präsenz 39. Die Lösung der Nachfolge ist im Gange. Ich danke Irene Kistler für ihr leider zu kurzes Wirken im Einwohnerrat und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute.

Eine Ersatzwahl für die FiGPK ist heute traktandiert, im Oktober sind weitere Ersatzwahlen notwendig. Peter Hartmann (FDP) hat seinen Rücktritt auf Ende 2023 eingereicht. Daniel Brassel wird ebenfalls Ende Jahr zurücktreten, sollte er im Oktober zum Einwohnerratspräsidenten gewählt werden. Es ist wichtig, dass die FiGPK vollständig besetzt ist. Bei der Prüfung von Budget und Rechnung muss in kurzer Zeit viel Arbeit geleistet werden und diese muss auf sieben Schultern verteilt werden können.

3 Geschäftsbericht 2022; Genehmigung

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Erfahrungsgemäss hängen die Traktanden 3 und 4 eng zusammen. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Eintretensvoten von Gemeinderat und FiGPK, anschliessend beraten wir zuerst den Geschäftsbericht und dann die Rechnung.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich versuche meine Voten anzupassen und hoffe, dass Marco Wächter die Folien angepasst präsentieren kann. Ich zeige zur Rechnung 2022 drei wichtige Grafiken, diese können während meinen Ausführungen studiert werden.

Die Rechnung 2022 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 207'000.00 ist leicht besser ausgefallen, als budgetiert. Einmal mehr ist dies auf verschiedene Sondereffekte zurückzuführen. Der Gesamt-Steuerertrag ist im Vergleich zum Budget eine Punktlandung. Einziger Wehrmutstropfen ist der grosse Rückgang beim Steuerertrag der natürlichen Personen, welcher zum Teil mit der Steuergesetzrevision erklärbar ist. Der Vergleich der Steuerdaten mit dem Kanton zeigt, dass die Volumenannahmen im Budget 2023 richtig sind. Im kantonalen Vergleich hat die Gemeinde leider an Boden verloren. Wie zahlreiche andere Gemeinden haben wir 2021 ein ansprechendes Wachstum erzielt und trotz Steuergesetzrevision einen Ertragsüberschuss erzielt. Ist es ein Einmaleffekt

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

oder ein strukturelles Problem? Diese Frage kann der Gemeinderat noch nicht beantworten. Aufgrund der Altersstruktur und der Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich ist für mich die Kostensteigerung bei der Pflegefinanzierung nicht überraschend. Aufgrund der seit Jahren guten Ausgabendisziplin bei den beeinflussbaren Kosten haben wir ein beinahe ausgeglichenes Rechnungsergebnis.

Das Investitionsvolumen der Einwohnergemeinde beträgt rund CHF 2.3 Mio. und kann mit der erwirtschafteten Selbstfinanzierung von CHF 2.47 Mio. vollumfänglich finanziert werden. Das Nettovermögen nimmt deshalb marginal auf CHF 8.28 Mio. zu. Wichtig ist, dass die vom Gemeinderat festgelegten Richtwerte der Finanzstrategie eingehalten werden konnten. Der Rechnungsabschluss 2022 hat keine relevanten Auswirkungen auf die aktuelle Finanzplanung.

Ich nutze den Rechnungsabschluss als Basis, um kurz in die Vergangenheit und in die Zukunft zu blicken. Die Herausforderungen vor 18 Jahren und die aktuelle Situation sind nicht miteinander vergleichbar. Sie haben andere Ursachen und Hintergründe. Vor 18 Jahren hat uns ein Finanzfehlbetrag von CHF 2.5 Mio. und eine Verschuldung von gut 25 Mio. vor finanzielle Herausforderungen gestellt. Hauptgrund der finanziellen Probleme war damals die Gemeindestruktur mit wenig Wohnraum im mittleren und hohen Preissegment. Jahrelang hat keine Entwicklung stattgefunden und das Bauwachstum war sehr marginal. Was bedeutet der Finanzfehlbetrag? Keine Mittel und nur marginale Entwicklungsmöglichkeiten. In der Zwischenzeit konnten wir mit Hilfe von Investoren die Entwicklung anstossen. Windisch ist als Wohngemeinde wieder interessant geworden. Aufgrund der guten Arealentwicklungen und entsprechendem Substanzgewinn konnten wir in verschiedene Infrastrukturprojekte investieren und die Attraktivität der Gemeinde wieder steigern. Was erwartet uns ab heute – in Zukunft? In den kommenden Jahren muss der Finanzsituation und der Priorisierung von Projekten und Ausgaben wieder vermehrt die notwendige Beachtung geschenkt werden. Projekte müssen wahrscheinlich langsamer umgesetzt werden, um keinen Investitionsstopp zu provozieren. Unterhalt und Investitionen sind so zu priorisieren, dass die Situation keinen Investitions-Stau schafft und die wichtigen Infrastrukturen weiterhin gut betrieben werden können.

Der Gemeinderat dankt dem Einwohnerrat für die Bereitschaft, bei der demnächst folgenden Budgetdebatte diesen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es mit gemeinsamem Verständnis und einer positiven Haltung möglich ist, die momentane, angespannte Finanzlage zu meistern.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Zum Geschäftsbericht sind keine Anmerkungen notwendigen. Er wurde vor zwei Jahren umgestaltet und ist ein sehr gutes Nachschlagewerk. Man kann auf behandelte Geschäfte zurückblicken, die verschiedenen Grafiken helfen, die Geschäfte besser zu verstehen und einzuordnen. Ich hoffe, dass der mit viel Sorgfalt gestaltete Geschäftsbericht entsprechend Aufmerksamkeit erhält. Noch nicht so lange im Amt stehende Mitglieder des Rates sind für dieses Nachschlagewerk sicher dankbar.

Im Namen des Gemeinderates danke ich dem Einwohnerrat, den Kommissions- und Arbeitsgruppenmitgliedern, den Verwaltungsmitarbeitenden, der Schulverwaltung und der Lehrerschaft für die zielorientierte, gute Zusammenarbeit und den Willen, mit konstruktiven Beiträgen die Weiterentwicklung der Gemeinde mitzutragen. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat die Rechnung 2022 zu genehmigen und vom ausführlichen gut lesbaren Geschäftsbericht Kenntnis zu nehmen.

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Die Rechnung 2022 wurde durch die Revisionsgesellschaft THV und die FiGPK eingehend geprüft. Die Revisionsgesellschaft hat die Bilanz und die Erfolgsrechnung finanztechnisch geprüft. Wiederum hat die THV die saubere und kompetente Rechnungsführung ausdrücklich gelobt.

Die FiGPK hat die Rechnung unter dem Aspekt Finanzpolitik und Geschäftsprüfung geprüft. Jedes Mitglied hat ein oder zwei Bereiche kontrolliert, inklusive Spezialfinanzierungen und dem entsprechenden Bereich im Geschäftsbericht. Kreditkontrolle, Anlagepiegel, Abschreibungen und Rückstellungen sind mit der Rechnung querverglichen worden. Bereits traditionsgemäss durften wir einen umfangreichen und ausführlichen Geschäftsbericht prüfen, ein Dankeschön an alle Verfasser.

Das Rechnungsergebnis ist fast historisch. Heidi Ammon hat von 18 Jahren gesprochen, nach meiner Recherche hatten wir in den letzten 15 Jahren positive Rechnungsabschlüsse. Die Rechnung 2022 weist einen Verlust von rund CHF 200'000 aus. Ich hatte die Daten bis anfangs 2000er-Jahre. 2022 fehlten die grösseren positiven Sondereffekte der vergangenen 5 bis 10 Jahre. Sondereffekte, welche das Ergebnis trotz budgetiertem Verlust positiv ausfielen liessen. Beim Durchstöbern der alten Rechnungsberichte ist mir aufgefallen, dass schon in den 2000-er Jahren Sondereffekte zu diesen positiven Ergebnissen geführt. Wenn ich an den Finanzplan und die anstehenden kostenintensiven Aufgaben denke, müssen wir uns vermehrt auf ein Szenario wie 2022 einstellen. Wir dürfen nicht auf Sondereffekte hoffen, der spar- und achtsame Umgang mit den finanziellen Mitteln muss weiterhin das höchste Ziel bleiben.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Zurück zur Rechnung: Bei der Prüfung sind weder der Revisionsgesellschaft THV noch der FiGPK Widersprüche, Unstimmigkeiten oder Fehler aufgefallen. Die Buchhaltung wird sauber und übersichtlich geführt und die Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz stimmen überein. Sehr positiv ist, dass die laufenden Kredite durch die Abteilung Finanzen systematisch und aufmerksam kontrolliert werden. Im Zeitpunkt der Rechnungsprüfung waren keine grösseren negativen Abweichungen bei Krediten zu erkennen. Letztes Jahr wurden keine Verpflichtungskredite ohne separate Kreditabrechnung abgerechnet, ebenso wurde keine Schwerpunktprüfung durchgeführt. Dieses Jahr ist wieder eine geplant.

Die FiGPK hat wiederum festgestellt, dass die Verwaltung wie in den vorhergehenden Jahren in allen Bereichen eine sehr grosse Budgetdisziplin hatte, speziell bei den stark beeinflussbaren Positionen «Personalaufwand» und «Sach- und Betriebsaufwand». Den Geschäftsbericht haben wir zur Kenntnis genommen. Ich schliesse mich den Ausführungen von Heidi Ammon betreffend Informationsgehalt und Qualität an.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen der FiGPK für den grossen Einsatz, rund 500 Stunden wurden eingesetzt. Danke auch für die Geduld während den diversen Zoom-Meetings, die Sitzungen fanden weiterhin vorwiegend online statt. Die FiGPK bedankt sich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit. Ein spezieller Dank an Heidi Ammon und Michael Schleuniger, sie haben der THV und der FiGPK Fragen jederzeit und umfassend beantwortet. Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, gestützt auf den Revisionsbericht der THV und die eigene Prüfung, die Genehmigung der Rechnung 2022.

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Geschäftsbericht 2022. Er gibt einen guten Einblick in das Geschehen in Windisch. In der Einleitung beschreibt Monica Treichler, was viele beim Jahreswechsel nicht für möglich gehalten hätten: Den Ukraine-Krieg und seine unmittelbar spürbaren Folgen mit den Flüchtlingen.

Zwei Bemerkungen zu den Legislaturzielen, welche im November vorgestellt wurden: Bei der Finanzstrategie stellt sich für uns die Grundsatzfrage, wie das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht konkret ohne Steuerfusserhöhung erreicht werden soll. Dieses wird in der ganzen Finanzplanperiode ab 2023 nicht erreicht. Ich äussere mich dazu noch bei der Rechnung 2022.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Seit der Abschaffung der Schulpflege am 1. Januar 2022 ist der Gemeinderat für die finanzielle und strategische Führung der Schule zuständig. Im Legislaturprogramm steht zur Bildung: «Die Schule berücksichtigt die Vereinbarkeit von Schule und Beruf.» Ich erwarte vom Gemeinderat mit einer Frauenmehrheit 4:1 ein attraktiveres Statement. Das Legislaturziel muss zeitgemäss wie folgt heissen: «Die Gemeinde Windisch fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.» Die FDP-Fraktion hat deshalb 3 Vorstösse zur Verbesserung der Vereinbarkeit eingereicht, diese beraten wir heute oder in einer Woche. Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit sollen verbessert werden. Die FDP-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht 2022 zu.

Luzia Capanni (SP): Der Geschäftsbericht zeigt eindrücklich die Vielfalt der Aufgaben, der Tätigkeiten, aber auch die Probleme von Windisch auf. Es ist ein interessantes und anregendes Dokument. Das Lesen lohnt sich und ist auch für die Einwohnerinnen und Einwohner spannend. Allenfalls kann der Bericht über den Newsletter verteilt werden. Der Bericht zeigt die Vielfalt der Abteilungen und deren Mitarbeitenden auf. Die einzelnen Berichte kommen unterschiedlich daher, was wir so stehen lassen können. Den Wunsch nach einer Verbesserung der Lesbarkeit mit einer strukturellen Darstellung platzieren wir trotzdem nochmals. Vielleicht wäre dies eine Aufgabe für die zukünftig zuständige Person im Bereich Kommunikation? Gemeinderat und Verwaltung sind aufgrund des Wachstums der Gemeinde einerseits und der Komplexität der Projekte und Rahmenbedingungen andererseits gefordert. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für ihr berufliches Engagement für die Gemeinde und den Autorinnen und Autoren des Berichts für die interessanten Ausführungen.

Heute am 14. Juni ist der Frauenstreiktag. Da wir hier und nicht auf der Strasse sind, kann ich mir einen wichtigen Hinweis nicht verkneifen. Windisch beschäftigt deutlich mehr Frauen als Männer. Die Anzahl der Arbeitsverhältnisse im Stundenlohn und die verschiedenen Teilzeit- und Vollzeitstellen sind im Bericht aufgeführt. Es wäre interessant zu wissen, wie hoch der prozentuale Anteil der Angestellten in den verschiedenen Arbeitsbereichen ist. Dieser würde zeigen, dass Frauen vermehrt in prekären Arbeitsverhältnissen im Stundenlohn - ohne gesicherte Altersvorsorge - tätig sind und nur wenige Hochqualifizierte in Windisch arbeiten. Die Resultate der Lohngleichheits-Analysen wären aus unserer Sicht sehr interessant. Bei einem Beschäftigungsanteil der Frauen von knapp 65% und dem weiteren Anstieg der Lohnungleichheit, wie Berichte

**Protokoll des Einwohnerrates
14. Juni 2023**

des Bundes zeigen, wäre diese Information im Geschäftsbericht wünschenswert. Die SP nimmt den Geschäftsbericht 2022 wohlwollend zur Kenntnis!

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt vom Geschäftsbericht 2022 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.

4 Rechnung 2022 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung*Allgemeine Bemerkungen*

Ulrich Widmer (SP): Wir danken Gemeinderat und Verwaltung, speziell Michael Schleuniger, Leiter Finanzen, für die äusserst kompetente Rechnungsführung und den informativen und ausführlichen Rechnungsbericht. Dieser hilft auch «Nicht-Profis» sich ein umfassendes Bild der aktuellen finanziellen Situation zu machen und zu sehen, in welche Richtung unsere Gemeinde steuert und wie unsere Finanzen im Vergleich zum Kantondurchschnitt stehen. Der Informationsgehalt und die Lesbarkeit des Berichtes nehmen jedes Jahr zu, herzlichen Dank.

Nach einer Reihe von Jahren mit Ergebnissen, welche das Budget weit übertroffen haben, entspricht der Abschluss in etwa dem Budget und es resultiert ein kleiner Verlust. Die Sondereffekte heben sich gegenseitig auf. Auf die negativen Sondereffekte, vor allem die Verluste beim angelegten Vermögen, hätten wir gerne verzichtet. Das gleiche gilt für den massiven Anstieg bei den Pflegekosten. Diese Kosten lassen sich durch die

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Gemeinde nur beschränkt beeinflussen. Die Rechnung zeigt insgesamt, dass trotz einem etwas schwierigen Jahr die Budgetierung und Finanzplanung auf stabilen Beinen stehen und wir eine Selbstfinanzierung von rund 2.5 Mio. Franken erreicht haben. Vor wenigen Jahren wurde diese Grösse noch als Wunschziel bezeichnet. In finanzieller Hinsicht wurde in der Vergangenheit vieles richtig gemacht. Wir gehen davon aus, dass dies auch in Zukunft so sein wird und schauen mit einem realistischen Optimismus auf die weitere Entwicklung. Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung zu.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Die Mitte hält sich kurz, Ueli Widmer hat vieles bereits angesprochen. Wir sehen es grundsätzlich positiv, einerseits den Geschäftsbericht, andererseits die Rechnung. Besten Dank an alle Beteiligten, den Gemeinderat, die Verwaltungsangestellten und natürlich die FiGPK, welche sehr viel Arbeit leistet. Das Rechnungsergebnis ist gelungen, auch wenn wir lieber eines wie in den letzten Jahren hätten. Ein Wunschkonzert gibt es bei einer Gemeinderechnung nicht. Die Mitte stimmt der Rechnung zu.

Daniel Brassel (EVP): Wir halten uns ebenfalls kurz. Die EVP-Fraktion hat die Rechnung gestützt auf den informativen und ausführlichen Rechnungsbericht geprüft. Der Verlust löst keine Freude aus, wir nehmen diesen zur Kenntnis. Die Gemeinde hat grundsätzlich gut gearbeitet und die Fraktion dankt der Verwaltung für die grosse Arbeit, für den ausführlichen Bericht und der FiGPK für die Prüfung. Die EVP-Fraktion stimmt der Rechnung zu.

Karin Hefti (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion würdige ich die Jahresrechnung 2022 kritisch. Vorab danke ich der Verwaltung für die professionelle Führung der Rechnung. Wir haben mit den sich aufhebenden Sondereffekten eine Punktlandung erzielt. Diese Punktlandung ist nicht selbstverständlich, es wurde sehr gut budgetiert. Herzlichen Dank an die FiGPK für die Prüfung und Berichterstattung. Die Jahresrechnung 2022 ist angesichts der grossen Unsicherheiten mit Corona, Krieg, Lieferengpässen und Inflation erstaunlich normal ausgefallen. Bei der Einwohnergemeinde gehe ich auf folgende Punkte ein:

Die Rechnung schliesst mit einem Verlust von CHF 206'884.53 ab, budgetiert waren CHF 467'000. Das operative Ergebnis weist einen Verlust von CHF 780'000 aus. Die Selbstfinanzierung beträgt technisch CHF 2.47 Mio., nach Abzug der Mehrwertabgabe

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

verbleiben CHF 1.58 Mio. Im Hinblick auf die Finanzierung der Schulanlage Dohlenzelg von rund CHF 36 Mio. eine grosse Herausforderung.

Steuern: Der Steuerertrag von CHF 21.257 Mio. liegt leicht unter Budget und ist knapp CHF 1.1 Mio. tiefer als 2021. Die Steuergesetzrevision mit dem höheren Versicherungsabzug für Private reduziert den Steuerertrag um rund CHF 0.5 Mio. Der Normsteuerertrag ist 2021 auf CHF 2'527 bzw. 2022 auf CHF 2'350 gesunken. Im Kanton ist er 2021 auf CHF 2'877 angestiegen. Heidi Ammon hat es bereits erwähnt, der kantonale Durchschnitt steigt.

Eine Herausforderung sind die im Kantonsvergleich tiefen Unternehmenssteuern. 2022 betrug die Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen CHF 724'172, 2021 waren es CHF 883'519.20.

Gemäss Jahresrechnung 2022 wird mit höheren Sanierungskosten von CHF 1 Mio. gerechnet, sodass Gesamtkosten von CHF 3.3 Mio., statt CHF 2.3 Mio., entstehen. Der Nettoaufwand erhöht sich dadurch um CHF 362'550 auf CHF 985'500. Der Bund beteiligt sich mit CHF 1.321 Mio., der Kanton mit CHF CHF 991'050 und die Ortsbürgergemeinde mit CHF 15'000 an den Kosten. Die Auszahlungsfreigabe der Bundes- und Kantonsbeiträge ist noch nicht initiiert worden. Die Altlastensanierung Fröschegräbe, der laut Gemeinderat wilden Abfalldeponie begann 2022. 2023 erfolgt die Wiederaufforstung. Ich empfehle, eine Teil-Kreditabrechnung Altlastensanierung Fröschegräbe per 31. Dezember 2022 zu erstellen und beim Bund / Kanton einzureichen. Fällt die Prüfung positiv aus, werden die anteilmässigen Bundes- und Kantonsbeiträge ausbezahlt. Dies gibt Liquidität und Transparenz.

Mehrwertabgabe: Gestützt auf die rechtskräftige BNO wurden 2022 für Parzellen im Gebiet Winkel und Rütene eine Mehrwertabgeltung von Fr. 894'458 verfügt. Die Mehrwertabgabe ist geschuldet beim Verkauf der Parzelle oder bei Einreichung der Baugesuches. Die Mehrwertabgabe ist erfolgsneutral und erhöht technisch das Nettovermögen und die Selbstfinanzierung.

Marktwertanpassung Chilefeld: 2022 erfolgte eine Marktwertanpassung Bauland Chilefeld im Umfang von CHF 1'082'400 (rein technische Anpassung, Realisierung bei einem allfälligen Verkauf. Der Verkauf ist umstritten. Ohne die Marktwertanpassung Chilefeld wäre der ausgewiesene Verlust von CHF 206'884.53 um CHF 1.0834 Mio. höher.

Der Campussaal gehört der Campussaal Immobilien AG (CIAG). Windisch weist im Finanzvermögen eine Minderheitsbeteiligung von CHF 4 Mio. aus. Der Campussaal lässt sich nicht kostendeckend betreiben. Die künstlich hohen Mietzinse der CIAG müssen

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

durch Defizitbeiträge (Brugg und Windisch) an die Campussaal Betriebs AG (CBAG, Mieterin des Campussaals) finanziert werden. Der Kauf wurde 2008 durch zu tiefe Abwassergebühren finanziert. Gestützt auf ein Gerichtsurteil wurde dies in der Jahresrechnung 2020 korrigiert. Die Beteiligung ist mit CHF 4 Mio., statt wie bisher mit CHF 1, aktiviert. Es ist eine Risikoposition: Würde ein Dritter bei einem Kauf CHF 4 Mio. bezahlen oder eine Schenkung entgegennehmen? Die Aktivierung mit CHF 4 Mio. ist zwar mit der Finanzaufsicht abgesprochen, aber unrealistisch im Markt zu erzielen. Der betriebswirtschaftliche Wert beträgt meines Erachtens deutlich unter CHF 4 Mio., dadurch ist das Eigenkapital / der Bilanzüberschuss zu hoch ausgewiesen.

Spezialfinanzierungen: Es werden Kredite mit klimafreundlichen Massnahmen, wie Schwammstadt, vorgelegt, welche zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser finanziert werden sollen. Dies wirkt sich massiv auf die Abwasserkasse und die Gebühren aus. Ich empfehle eine Volksabstimmung, ob klimafreundliche Investitionen zulasten der Abwasserkasse finanziert werden sollen.

Internes Kontrollsystem: In Windisch sind interne Kosten-Kontrollsysteme eingeführt worden. Ein IKS muss gelebt werden und in den Köpfen verankert sein. Die Einhaltung von Krediten muss sichergestellt sein. Der Fokus darf nicht nur auf dem Jetzt der Kosten liegen, auch die zukünftigen Kosten müssen zeitnah einbezogen werden. Bei den folgenden Posten setzen wir ein Fragezeichen, ob das IKS auch gelebt wird.

Kostenüberschreitung Altlastensanierung Fröschegräbe: Kostenüberschreitung Altlastensanierung Fröschegräbe von brutto CHF 1 Mio. Der Gemeinderat hat den Nachtragskredit erst am 16. Januar 2023 genehmigt, gemäss FIGPK war die Kostensteigerung bereits im Oktober 2022 absehbar.

Kostenüberschreitung Jugendfest: Das Jugendfest kostete CHF 49'424 mehr als geplant, ein Nachtragskredit war erforderlich.

Es ist wichtig, dass das interne Kosten-Kontrollsystem beim anstehenden Neubau der Schulanlage Dohlenzelg funktioniert. Der Kostenrahmen von Verpflichtungskrediten ist einzuhalten. 2022 erfolgte keine Schwerpunktprüfung der Revisionsstelle. Im Hinblick auf den Schulhausneubau wäre es gegebenenfalls sinnvoll, das IKS des Schulhausneubaus einer Schwerpunktprüfung zu unterziehen.

Zukunft: Mit dem Schulhausneubau müssen sehr hohe Kosten von gut CHF 36 Mio. finanziert werden. Der Gemeinderat hat im November 2022 bei der Information über seine Finanzstrategie kreative Wege beschritten: Die Finanzstrategie «Kumulierte Bilanzüberschüsse Konto 299 > CHF 30 Mio.» ist eine Windischer Erfindung, diese gibt es

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

gemäss kantonaler Vorgabe nicht. Vereinfacht heisst dies, dass das Eigenkapital bis zum Ende der Finanzplanperiode mind. 30 Mio. betragen soll. Ende 2022 betrug das Eigenkapital CHF 44,617 Mio. Die prognostizierten Verluste 2023-2032 von rund CHF 13 Mio. werden stehengelassen und mit dem Eigenkapital verrechnet. Mit diesen Verlusten wird das vorgegebene mittelfristige Haushaltsgleichgewicht in der gesamten Finanzplanungsperiode 2023 bis 2032 nicht eingehalten. Dieses verlangt, dass die Jahresrechnungen über einen Zeitraum von +/- 3 Jahren (7 Perioden) ausgeglichen sein müssen. Ist der mittelfristige Ausgleich der Rechnung nicht möglich, müssen entweder die Ausgaben reduziert oder die Einnahmen erhöht werden. Es ist wie in einem privaten Haushalt. Gemäss Gemeinderat ist der Schulhausneubau ohne Steuerfusserhöhung möglich, es sei ein bewusster Umgang mit den Finanzen notwendig. Was heisst dies konkret für die Einwohner? Welche Möglichkeiten bestehen für notwendige Ausgabenkürzungen, wenn der heutige Steuerfuss von 115% nicht verändert werden darf? Diese Frage hat der Gemeinderat nicht beantwortet. Das Postulat von SVP/FDP «Evaluierung von Sparpotentialen in der Gemeinde Windisch» hat der Gemeinderat nicht entgegengenommen und es wurde vom Einwohnerrat am 22. März 2023 nicht unterstützt. Der Gemeinderat hat den Leitsatz «Wir lassen zusätzliche und neue Aufgaben zu, wenn die Finanzierung sichergestellt ist» formuliert. Was bedeutet dies? Die Gemeindeverwaltung antwortet: «Die Formulierung der Leitsätze bedeutet, dass für neue Aufgaben eine entsprechende Finanzierung notwendig ist (erhöhtes Steuerwachstum, Beiträge von Dritten, Einsparungen in anderen Bereichen, etc.).» Mir ist nicht klar, wie dieser Leitsatz konkret überwacht und die nachhaltige Finanzierung sichergestellt wird. Neue Aufgaben und teurere statt kostengünstige Investitionen, haben oftmals einen parteipolitischen Hintergrund. Persönlich frage ich mich, ob wir nach dem Entscheid über das Schulhaus nicht eine Ausgabenbremse einführen müssen. Im Sinne von: «Für neue Aufgaben bzw. aufwändigere statt kostengünstige Investitionen ist eine entsprechende Finanzierung zwingend.». Die Ausgaben und Einnahmen müssen im Gleichgewicht sein. Jede Generation muss in ihrer Zeit die laufenden Ausgaben selber finanzieren. Die FDP-Fraktion stimmt der Jahresrechnung 2022 zu.

Detailberatung Rechnung

Eliane Frei (Grüne): Im Namen der Grünen danke ich Verwaltung und Gemeinderat für den guten Bericht und die Rechnung, die sehr gut lesbar ist.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Ich habe zum Thema Verkehr bzw. Strassenunterhalt eine kleine Anmerkung. Beim Unterhalt sind gesamthaft nur 2/3 des budgetierten Betrages ausgegeben worden. Die Gründe kann ich aus dem Bericht nicht nachvollziehen. Es stehen einige Strassenprojekte an, bei den eine Kostenschätzung für den Unterhalt dahintersteht. Ich lege Gemeinderat und Verwaltung deshalb nahe, zu prüfen, wie diese Differenz entstanden ist und wie dies bei den zukünftigen Budgetierungen bei den Projekten angepasst werden kann.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Jahresrechnung 2022 der Einwohnergemeinde Windisch wird genehmigt.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich danke dem Gemeinderat, der Verwaltung und ganz besonders Michael Schleuniger für die saubere Rechnung und den ausführlichen Geschäftsbericht. Ich erstelle diesen jeweils auch für meine Abteilung auf Stufe Kanton und weiss, wie viel Arbeit dahintersteckt.

5 Genehmigung Kreditabrechnung Medien- und Informatikkonzept Schule Windisch

Eintreten ist unbestritten.

DetailberatungOffene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

Protokoll des Einwohnerrates
14. Juni 2023

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung «Medien- und Informatikkonzept Schule Windisch» wird genehmigt.

6 Genehmigung Kreditabrechnung Erneuerung Tulpen- und Pappelweg

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Die Kreditabrechnung bereitet auf den ersten Blick Freude. Gerne hätten wir mehr Unterschreitungen von 18%. Dieser Hinweis ist verführerisch, weil ein Teil der Arbeiten nicht ausgeführt wurde. Wieso hat man ursprünglich die Inlinersanierungsarbeiten in den Kredit eingerechnet und nun ins GEP verschoben? Stehen beim GEP genügend Mittel zur Verfügung und von welchem Betrag sprechen wir?

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Michael Wülser ist heute Abend nicht da und ich bitte das Wort Roland Schneider zu erteilen.

Roland Schneider, Abteilung Planung und Bau: Wir beantworten die Frage via Axioma.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung «Erneuerung Tulpen- und Pappelweg» wird genehmigt.

Protokoll des Einwohnerrates
14. Juni 2023

7 Genehmigung Kreditabrechnung Campussaal; Betriebsbeiträge 2018 - 2022

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Alex Heinemann (FDP): Wir danken der FiGPK für den Bericht und stimmen der Abrechnung zu. Die Finanzlage beim Campussaal ist weiter mit der Idee zu überwachen, dass in Zusammenhang mit dem Kantonsschulstandort der Campussaal ins Konzept einbezogen wird, beispielsweise zur Nutzung als Aula.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung «Campussaal Betriebsbeiträge 2018 - 2022» wird genehmigt.

8 Ersatzwahl FiGPK

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Die SP-Fraktion nominiert Ueli Widmer. Er ist bestens bekannt und nicht mehr ganz neu im Einwohnerrat.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	37
Eingelegte Stimmzettel	36
Leere Stimmzettel	-
Ungültige Stimmzettel	-
In Betracht fallende Stimmzettel	36

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Absolutes Mehr	19
Stimmen haben erhalten:	
Ulrich Widmer	33
Vereinzelt	3

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:

Ulrich Widmer

9 Verpflichtungskredit Aufbau Regionale Integrationsfachstelle (RIF)

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Wir wollen die Aufgabe der Integration gemeinsam und regional angehen. Integration ist eine gesellschaftliche Aufgabe, welche von allen Beteiligten Engagement, Koordination, Vernetzung und Zusammenarbeit erfordert. Bund, Kantone und Gemeinden gehen diese Aufgabe im Verbund an. Das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration AIG verpflichtet die drei Ebenen gemeinsam, aktiv zu sein. Im Kanton Aargau sind regionale Integrationsfachstellen, sogenannte RIF, ein zentrales Instrument der Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden, um die Integrationsaufgaben auf kommunaler Ebene zu koordinieren. In den Regionen Fricktal, Aarau, Zofingen, Wynental, Wohlen und Baden ist ein RIF bereits in Betrieb. In den Regionen Muri und Lenzburg, und jetzt in Brugg, sind weitere RIF im Aufbau. Das Amt für Migration und Integration MIKA unterstützt und finanziert die Konzeption eines RIF vollumfänglich. Wir haben in einem partizipativen Prozess ein Konzept für die Gemeinden Brugg, Birr, Lupfig, Mülligen und Windisch erarbeitet. Der Kanton finanziert 60% der Personalkosten des RIF-Betriebs. Im Januar 2024 soll die RIF in Brugg für die Gemeinden Brugg, Birr, Veltheim und Windisch für eine dreijährige Pilotphase aufnehmen. Zielgruppen, der Auftrag, der Nutzen und die Ziele einer RIF sind aus der Botschaft und dem Konzept ersichtlich. Die RIF soll eine niederschwellige Anlaufstelle sein und Beratung und Vernetzung für die gesamte Bevölkerung und alle Institutionen anbieten und ist die Koordinationsstelle für Integrations- und Ausländerfragen in der Region Brugg. Die RIF ist auch eine Vernetzungsstelle zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Der Mehrwert einer regionalen Integrationsförderung liegt darin, dass Doppelspurigkeiten minimiert, Angebote regional besser genutzt werden

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

und wir eine hohe Fachkompetenz bei Integrationsfragen haben. Bei der Zusammenarbeit mit dem Kanton hat eine regionale RIF mehr Gewicht als einzelne Gemeinden. Der Gestaltungsspielraum bei der Integrationsarbeit ist durch die Nutzung von Synergien grösser. Der Kanton beabsichtigt, die Finanzierung von Integrationsmassnahmen über die RIF zu steuern. Der Kostenanteil von Windisch an die RIF Region Brugg beläuft sich pro Jahr auf CHF 26'480.00. Basis für den Kostenteiler ist die Gesamtbevölkerung. Unter Punkt 8.4 der Botschaft werden die budgetierten Kosten für die gesamte Integrationsarbeit der Gemeinde Windisch aufgezeigt. Inzwischen zeigt sich, dass die effektiven Kosten etwas tiefer sein werden, da der Kanton zusätzliche Kosten für die Deutschkurse und die optimierte Durchführung der sprachlichen Frühförderung übernimmt. Investitionen in die Integration lohnen sich mittel- und langfristig, weil Familien und Menschen in unserer Gesellschaft eingebettet sind, selbständig ihr Leben gestalten und Abhängigkeiten von Staat und Gemeinde minimiert werden können. Gut integrierte Personen erzielen deutlich höhere Einkommen, was sich auf die Steuerkraft auswirkt. Die RIF wird der Stadt Brugg angegliedert. Die strategische Führung erfolgt durch die Steuergruppe, diese setzt sich aus Vertretern der am Pilotprojekt beteiligten Gemeinden zusammen. Ein Gemeindevertrag regelt die operative Führung, für die fachliche Unterstützung kann eine regionale Kommission gebildet werden.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass eine RIF in der Region Brugg für die Bevölkerung, Vereine, Gemeinden und für die Zusammenarbeit mit dem Kanton eine sinnvolle, zielführende Sache ist. Es ist der richtige und erfolgreiche Weg, Integration kennt keine Gemeindegrenzen. Ich danke herzlich für die Unterstützung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Luzia Capanni (SP): Das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer und die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz AIG) verpflichtet Bund, Kantone und Gemeinden, gute Rahmenbedingungen für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer zu schaffen. Das Gesetz regelt auch die Integrationsleistungen, welche von den Ausländerinnen und Ausländern gefordert werden. Werden diese nicht eingehalten, drohen Sanktionen. Der Gemeinderat hat über eine längere Zeit die Regionalisierung

und das Konzept der Integrationsarbeit mit dem Kanton und einigen Gemeinden ausgearbeitet. Die Kosten wurden vollumfänglich durch den Kanton finanziert. Windisch, Brugg, Birr und Veltheim übernehmen Verantwortung bei der Integrationsarbeit. Während einer Pilotphase von drei Jahren soll die Regionale Zusammenarbeit bei der Integration vorangetrieben werden. 60% der Kosten trägt der Kanton. Der Gemeinderat beantragt einen jährlich wiederkehrenden Beitrag von rund CHF 26'500.00. In der Schweiz und so auch in der Region Brugg hat rund ein Drittel der ständigen Wohnbevölkerung Migrationshintergrund. Birr, Brugg und Windisch liegen deutlich darüber. Integriert sein bedeutet, dazugehören, akzeptiert zu sein und als gleichwertig angesehen zu werden, nicht ausgeschlossen zu sein und sich auch nicht ausgeschlossen zu fühlen. Sich integriert zu fühlen ist ein Grundbedürfnis, dieses betrifft auch die einheimische Bevölkerung. Integration ist ein gegenseitiger Prozess und passiert auf verschiedenen Ebenen: Auf der individuellen Ebene sind wir alle gefordert. Auf der strukturellen Ebene wird allen Bevölkerungsteilen der Zugang zu Institutionen, Dienstleistungen und Angeboten gewährleistet. Dies beinhaltet auch den Zugang zum Arbeitsmarkt, Gesundheits- und Bildungswesen etc. Nicht mehr wegzudenken ist heute beispielsweise, dass Menschen mit einer Gehbehinderung öffentliche Gebäude über eine Rampe oder einen Lift aufsuchen können. Die Integration von aus dem Ausland zuziehenden Menschen ist nicht selbstverständlich. Damit die Integration gelingt, ist die soziale Ebene zur Schaffung von Beziehungen zentral. Die vielseitigen Angebote von Vereinen, beispielsweise der Fussballclubs, oder integrationsspezifische Angebote von Freiwilligen sind dabei sehr wichtig. Menschen mit Migrationshintergrund brauchen nicht per se Integrationsfördermassnahmen. Einige Menschen brauchen aber für die Integration aus verschiedenen Gründen Unterstützung. Die Bevölkerung, somit auch die Migrationsbevölkerung, ist individualisiert und heterogen. Die Gründe für ihre Migration, ihre Aufenthaltsdauer, ihre Bildung und ihre Lebensentwürfe sind unterschiedlich, somit auch die Ausgangslage in der Schweiz. Die gezielte Integrationsförderung unterstützt und entlastet die Regelstrukturen, die Institutionen der öffentlichen Hand wie beispielsweise die Schulen, die Gesundheitsorganisationen, die Sozialen Dienste, die Arbeitsvermittlung und vieles mehr. Die spezifische Integrationsförderung ergänzt die Regelstrukturen vor allem bei Personen, welche diese ohne Unterstützung aufgrund fehlender Voraussetzungen nicht nutzen können. Die Integrationspolitik richtet sich nach dem Prinzip «Fördern und Fordern». Die Kantone haben gestützt auf Art. 55a AIG den gesetzlichen Auf-

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

trag, bei Personen mit besonderem Integrationsbedarf möglichst früh geeignete Integrationsmassnahmen umzusetzen. Das ist richtig und wichtig: Die frühzeitige Integrationsförderung hat einen starken und langfristigen Präventionseffekt. Sie fördert die soziale und berufliche Integration und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier setzen die Regionalen Integrationsfachstellen an, sie sind Kompetenzzentren für Migration und Integration. Sie informieren und unterstützen die Regelstruktur mit integrationsrelevanten Themen und Angeboten der Region und unterstützen und entlasten die Gemeinden bei der Erstinformation. Sie beraten die Fachmitarbeitenden der Gemeinde auf den Einwohnerdiensten, den Sozialdiensten, in den Schulen und die zugezogenen Menschen. Sie vernetzen die verschiedenen Stellen und schaffen Synergien. Sie vertreten die Gemeinden beim Kanton und können dadurch die Bedürfnisse der Region in der Integrationsarbeit direkt einbringen. Sie initiieren und unterstützen Projekte, welche das soziale Zusammenleben fördern, sie koordinieren die Freiwilligenarbeit. Gemeinden, welche einer Regionalen Integrationsfachstelle angeschlossen sind und die Realitäten vor Ort kennen, beurteilen deren Arbeit und Wirkung durch alle Parteien hindurch als entlastend, zielführend und gewinnbringend. Ich erinnere mich an ein wegweisendes Votum eines bürgerlichen Gemeindeammanns einer grossen Gemeinde im Grosse Rat bei der Beratung des KIP. Dieser forderte die anderen Gemeindevertretenden auf, sich ebenfalls einem Verbund anzuschliessen, weil der Gewinn für die Gemeinden viel grösser sei als die Kosten, welche dafür zu bezahlen sind. Mir ist keine einzige Gemeinde bekannt, welche sich seit Einführung der RIF wieder aus dem Verbund verabschiedet hat, vielmehr besteht der Wunsch, sich einem Verbund anzuschliessen. Falls der Kredit eine Mehrheit findet, kann der Einwohnerrat nach Ablauf der Pilotphase über die Überführung und Weiterführung entscheiden. Es wird zuerst ein Umsetzungskonzept erarbeitet und definiert, wie die Leistung und Wirkung evaluiert werden sollen. Als Mitarbeiterin eines RIF kann ich versichern, dass sowohl der Kanton, dieser übernimmt 60% der Kosten, wie auch die Gemeinden an dieser Evaluation interessiert sind. Im Juni entscheidet der Grosse Rat über den Kredit für die Programmperiode des KIP 3. Das Parlament wird dem Kredit nach heutigem Informationsstand grossmehrheitlich zustimmen. Die Bedeutung der spezifischen Integrationsförderung sowie die Koordination in den Regionen in Zeiten des Asylnotstandes und einer der gravierendsten Flüchtlingskrisen sind unbestritten. Ich empfehle dem Kredit zuzustimmen und die Motion abzuschreiben.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Alex Heinemann (FDP): Das Thema Integration ist wichtig und relevant. Das Ziel der Motion kann jedoch auch mit Hilfe einer Erfahrungsgruppe aus den betroffenen Gemeinden erreicht werden. Die Fachkräfte der Gemeinden erreichen das Ziel auch ohne externe Begleitung. Wir empfehlen das Konzept anderer Regionen zu übernehmen und keinen eigenen Lernprozess im Rahmen eines erneuten Pilotprojektes umzusetzen. Wir empfehlen den Kredit abzulehnen.

Stefan Fehlmann (EVP): Die EVP hat die Vorlage ebenfalls studiert, wahrscheinlich weniger detailliert als Luzia Capanni. Wir können den Überlegungen folgen und finden es eine sinnvolle Sache, speziell unter dem Aspekt «regional». Wir hoffen, dass die RIF zu einer besseren Integration in der Region beiträgt. Die EVP stimmt der Vorlage zu. Schön wäre, wenn sich weitere Gemeinden am Pilot beteiligen.

Fabian Schütz (SVP): Einleitend steht in dieser Botschaft «Integration ist eine Herausforderung» - ja, das ist sie wirklich. Im Monatstakt hören und lesen wir Dinge aus Windisch, die wir vor einigen Jahren noch für nicht möglich gehalten hätten. Systematische Einbrüche in den Schulhäusern, Schüler, welche sich in Gangs zusammenschliessen, sich mit Messern bewaffnen und Mitschüler bedrohen. Wir haben Vandalenakte von eingeschlagenen Kirchenfenstern in Königsfelden bis zu zerstörten Bäumen, welche seit 25 Jahren dastehen - geschehen diese Woche. Obwohl wir keine Integrationsstelle hatten, gab es früher weniger solche Probleme, zum Beispiel in Windisch, wo die Integration über Vereine und persönliches Engagement passiert ist. Die direkten Kosten für die Integration in Windisch werden sich in den nächsten Jahren verdreifachen, auf Seite 17 der Botschaft zu sehen. Nehmen wir die jährlichen Kosten aus Diebstählen und Vandalenakten von rund CHF 100'000.00 dazu, wird klar wie gross das Problem tatsächlich ist. Wie reagiert die Politik, wenn sie ratlos ist und nicht weiss, wie sie das Problem lösen soll? Sie gibt ein bisschen Geld aus - die Profis sollen sich darum kümmern. Die zwei Elefanten im Raum sprechen wir nicht an. Der erste Elefant ist die hohe und unselektive Zuwanderung, der zweite das Bildungssystem. Dieses schafft es nicht mehr, der steigenden Anzahl renitenter Schüler und Eltern die Grenzen aufzuzeigen. Eine Anregung an alle in diesem Saal: Die Probleme müssen möglichst bald an der Ursache bekämpft werden, anstatt einfach Kosmetik zu betreiben. Trotz 20 Seiten Botschaft ist mir nicht klar, weshalb unser Aufwand, trotz Aufbau RIF, nicht kleiner wird. Dies wäre doch die erwähnte Synergie. Unsere Integrationsstelle wurde auf Antrag der

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

SP geschaffen. In der Motion wurden unter anderem folgende Ziele genannt: Aktivieren von Integrationsprojekten und Überführung in Angebote, Bedarfsabklärung und Initialisieren von Integrationsangeboten, Intensivierung von regionaler Zusammenarbeit in Integrationsfragen. Diese Ziele scheinen sich mit der RIF ein Stück weit zu decken oder werden durch diese erfüllt. Brugg konzentriert sich vollständig auf die RIF und führt nicht noch eine eigene Stelle. Nicht alles ist falsch in dieser Botschaft, da sich unsere Kosten nicht reduzieren, sehe ich im Aufbau einer RIF keinen Mehrwert für Windisch. Die SVP lehnt das Geschäft in dieser Form ab.

Heiko Loretan (Die Mitte): Seit knapp einem Jahr wohnt eine ukrainische Frau mit ihrer Tochter in einer Wohnung in unserem Haus. So wie es aussieht, wird sie noch länger bleiben. Ich spreche öfters mit ihr und habe ihr aufgezeigt, dass bei einem längeren Aufenthalt das Lernen der Sprache und das Integrieren wichtig ist. Dieses Projekt vereint beide Punkte. Ein sinnvolles Projekt, welches gemeinsam durch die Gemeinden und zu 60% vom Kanton finanziert wird. Es wird etwas aufgebaut, vorerst befristet auf drei Jahre, aber es ist eine Investition in die Zukunft. Die Mitte stimmt dem Antrag zu.

Martin Gautschi (FDP): Als Fraktionschef heisse ich James Bruderer herzlich willkommen. Er ist ein würdiger Nachfolger für den leider zurückgetretenen jungen Janik Binder.

Fabian Schütz hat vieles angesprochen. Weshalb muss Windisch jeden Pilotversuch mitmachen? Der Gemeinderat hat uns mit den Legislaturzielen einen sorgfältigen Umgang mit den Mitteln versprochen. Das Schulhaus wurde angenommen und grosse Kosten kommen auf uns zu. Die SVP hat auf die eigene Organisation hingewiesen. Diese kann für die Koordination genutzt werden. Es ist nicht schwierig zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen und wichtige Pendenzen zu besprechen. Es gibt diesen Pilotversuch. Es gilt die Resultate abzuwarten, dann kann immer noch geprüft werden, ob ein Einstieg sinnvoll ist. Meine Tochter ist immer gerne in den Jugendtreff gegangen. Dieser ist scheinbar seit sechs Monaten geschlossen, soviel zum Thema integrative Projekte. Die finanzielle Situation scheint niemanden zu interessieren. Wir sollten uns auf unsere Projekte konzentrieren und nicht schon wieder bei einem weiteren Pilotversuch mitmachen. Von meiner Seite ein klares Nein zu dieser Botschaft.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Nicolas Frei (Grüne): Die Grüne-Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit. Die regionalen Integrationsfachstellen sind kein Pilotprojekt, sie haben sich bewährt und sind etabliert. Wir hoffen, dass mit diesem Projekt der Bereich Integrationsförderung weiter professionalisiert werden kann. Der Bedarf in der Region Windisch-Brugg ist offensichtlich, der Kanton übernimmt einen grossen Teil der Kosten. Die während drei Jahren zu leistenden CHF 26'000.00 erachten wir als angemessen für eine wichtige Sache.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Wer das Thema über das Geld abhandeln will, sollte die Sozialhilfestatistik des Kantons Aargau studieren. Der Vergleich mit ähnlich gelagerten Gemeinden zeigt, dass Windisch sehr gut positioniert ist. Dies steht in Zusammenhang mit unserer langjährigen Integrationsarbeit, beispielsweise mit dem Treffpunkt Integration. Die Wirkung kommt erst später. Unsere Sozialhilfequote bewegt sich seit Jahren immer bei rund 2%, in vergleichbaren Gemeinden liegt sie zwischen 3 bis 3.5%. Das ist das Thema. Es ist schwierig zu sagen, wie hoch der «return of invest» bei sozialen Investitionen ist. Sie kommen mit 1.5 oder mehr zurück. Sehr entscheidend ist die Regionalität. Kanton und Gemeinden setzen diese Massnahmen gemeinsam um und der Kanton beteiligt sich an der Finanzierung. Die RIF ist kein Pilot, in der dreijährigen Pilotphase soll die Zusammenarbeit für unsere Region optimal gestaltet werden.

Philipp Ammon (SVP): Das Votum von Bruno Graf motiviert, mich doch noch zu äussern. Ein Nein zu dieser Botschaft ist kein Nein zur Integration. Kritische Anmerkungen zur Integration oder zur Fachstelle werden vielfach als pauschale Ablehnung interpretiert. Alle Voten waren durchwegs wohlwollend, es geht um die Art und Weise der Umsetzung. Meine Frage, ob es sich um eine reine Administrationsstelle handle wurde mit Nein beantwortet. Tatsache ist jedoch, wir geben Geld für eine administrative Stelle aus, nicht für eine effektive, aktive Integration. Unser in die Integration investiertes Geld muss einen Mehrwert generieren. Meine Frage war, dass für jeden investierten Franken an anderer Stelle CHF 1.10 eingespart werden, welche für eine aktive Integration investiert werden. Die Frage wurde pauschal beantwortet, darauf eingegangen wurde nicht. Ein «returning of investment» bei der Integrationsfrage zu berechnen, das funktioniert nicht. Trotzdem sollte man diesen Punkten gegenüber aufgeschlossen sein. Gut, heute investieren wir CHF 1.00, wie hoch ist der Benefit? Eine Aussage dazu fehlt in der Botschaft. Der Bericht und die Botschaft sind praktisch identisch. Ich habe

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

nicht einmal herausgefunden, an wen ich meine Fragen richten muss. Es gelten bei den Botschaften unterschiedliche Massstäbe, je nach Thema.

Ich habe das Protokoll vom 1. November 2007 konsultiert, wo über die Kündigung der Zusammenarbeit mit dem KESD diskutiert wurde. In der Aufbauphase sind viele Probleme entstanden, die Leistungen waren nicht zufriedenstellend und wir wollten zu unserem funktionierenden System zurückkehren. Wer schon länger dabei ist, erinnert sich vielleicht. In drei Jahren können wir gerne darüber diskutieren, ob wir uns einer funktionierenden Organisation anschliessen wollen. Martin Gautschi hat es erwähnt, schon wieder ein Pilotprojekt. Weshalb müssen wir uns an der Aufbauorganisation beteiligen und warten nicht zuerst diese drei Jahre ab? Unsere Sozialen Dienste funktionieren und ich sehe keine grosse Entlastung während den nächsten drei Jahren. Ich wäre nicht erstaunt, wenn wir in zwei Jahren über eine Mehrbelastung der Sozialen Dienste aufgrund des Aufbaus diskutieren. Ich sage heute Nein zu dieser Botschaft, was aber nicht heisst, dass ich auch in drei Jahren Nein sage. Allen, welche die Situation mit dem KESD nicht kennen, gebe ich mit: Wenn ihr heute Nein sagt, seid ihr nicht gegen die Integration. Ihr zeigt damit, dass ihr euch einer funktionierenden Organisation anschliessend wollt und nicht einem Aufbauversuch.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt für die Jahre 2024 – 2026 einen jährlichen Verpflichtungskredit von CHF 26'480.00 für die dreijährige Pilotphase einer Regionalen Integrationsfachstelle (RIF).

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion «Integration» vom 9. Dezember 2019 wird abgeschrieben.

10 Erneuerung Klosterzelgstrasse; Zusatzkredit

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Einwohnerrat hat dieses Geschäft im März zurückgewiesen. Der Gemeinderat unterbreitet eine ergänzte, neue Botschaft.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Der Gemeinderat hat den verschiedenen kritischen Voten im März entnommen, dass der Einwohnerrat Wert auf Nachhaltigkeit legt. So wurde beispielsweise die Wirkung der Massnahmen und der Hitzeentwicklung bei der Neugestaltung der Klosterzelgstrasse in Frage gestellt. Unsicherheiten bestanden bezüglich der Schwammstadtmassnahmen und den finanziellen Risiken. Sollen die Massnahmen zu Lasten Abwasser oder Gemeinde finanziert werden?

Der kosteneffiziente Projektplan der Sanierung Klosterzelgstrasse sah vor, nach Abschluss der Bautätigkeiten in den Nebenstrassen mit der Klosterzelgstrasse zu starten. Die Rückweisung hat diesen Zeitplan ins Wanken gebracht. Bereits zwei Tage nach der Einwohnerratssitzung fand deshalb innerhalb der Verwaltung eine erste Vorbesprechung statt. Der Gemeinderat hat in seiner nächsten Sitzung entschieden, dass das Projekt sofort überprüft werden soll, um das Risiko einer zusätzlichen Verzögerung zu minimieren. Um Mehrkosten zu verhindern und die Arbeiten weiterzuführen muss der Einwohnerrat heute einen Beschluss fassen. Michael Wülser, Bereichsleitung Tiefbau und Verkehr, hat mit der Aufbereitung der Botschaft mit den verschiedenen Varianten gute Arbeit geleistet, besten Dank. Wir haben uns zusammen in teilweise neue Fachgebiete eingelezen und eingearbeitet. Es sind neue Erkenntnisse und wertvolle vielversprechende Vernetzungen entstanden. Der Kanton hat sein Interesse signalisiert, ein allfälliges Projekt mit einem entsprechenden Regenwassermanagement zu begleiten. Ebenso gab es einen Kontakt mit dem Institut für Umwelt und natürliche Ressourcen der ZHAW. Dieses ist ebenfalls an einer Zusammenarbeit interessiert. Windisch kann beispielsweise Daten erheben, welche in entsprechenden wissenschaftlichen Arbeiten weiterverwendet werden. Mit der Variante 1 kann aus Sicht des Gemeinderates eine grosse Wirkung bei der Verhinderung des unerwünschten Durchgangsverkehrs, bei den Verkehrsberuhigungsmassnahmen und bei der hitzeangepassten Siedlungsentwicklung und der Weiterentwicklung von Schwammstadtmassnahmen erzielt werden. Aufgrund der neuen Erkenntnisse bei der Finanzierung sogenannter blau-grüner Infrastruktur über die Abwasserkasse und dem neuen Kostenteiler, erachtet der Gemeinderat Vari-

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

ante 1 als vertretbar. Die Abwasserkasse wird mit CHF 339'000 belastet und die Rechnung der Einwohnergemeinde entlastet. Die Gemeinde soll innovativ sein und die in der Variante 1 beschriebenen Versickerungsmassnahmen realisieren. Dies gerade deshalb, weil abschliessende, wissenschaftliche Erkenntnisse noch fehlen. Zukünftige Projekte müssen koordiniert und konzeptionell abgewickelt werden, dessen ist sich der Gemeinderat bewusst. Die Abteilungen müssen übergreifend mitdenken, damit Zielkonflikte frühzeitig erkannt werden. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat für die Gestaltung der Klosterzelgstrasse gemäss Variante 1, den Zusatzkredit von CHF 389'000 zu genehmigen. CHF 339'000 gehen zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung und CHF 50'000 zu Lasten der Einwohnergemeinde.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Eliane Frei (Grüne): Wir unterstützen weiterhin Variante 1, diese lag bereits im März in ähnlicher Form vor. Wir erhalten mit Variante 1 eine verkehrsberuhigte Strasse, welche die Bedürfnisse der Fussgänger, Velofahrer und der Quartierbewohnern abdeckt. Der Durchgangsverkehr ist trotzdem gewährleistet, Lastwagen und Autos dürfen weiterhin durchfahren. Trotz der unerfreulichen Verzögerungen ist positiv, dass Kontakte zur ZHAW und dem Kanton entstanden sind, welche die weitere Arbeit unterstützen, damit wir zu einem guten Projektabschluss kommen.

James Bruderer (FDP): Die FDP-Fraktion befürwortet Variante 2. Diese hat den besten Kosten-Nutzen-Effekt. Die Entsiegelung von Strassenflächen und das Pflanzen von Bäumen wirkt der Hitzentwicklung entgegen, gleichzeitig wird die Verkehrssicherheit erhöht. Wir plädieren für Variante 2.

Mirjam Aebischer (SP): Die Rückweisung des Geschäftes hat sich fast gelohnt. Es sind neue Kontakte entstanden und der Gemeinderat legt uns eine gute Variante vor. Ich beginne wie im März. Eine neu sanierte Strasse wird über 40 Jahre abgeschrieben und muss die Anforderungen für diese Zeitspanne erfüllen. Die Schweiz hat das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Bis 2050 müssen wir eine Netto-Null-Gesellschaft haben.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Wir sind überzeugt, dass auch bei der Gestaltung des öffentlichen Raums die Umsetzung des Pariser Abkommens das Ziel sein muss. Wir wollen mehr Raum und Sicherheit für Kinder, Betagte, für den Langsamverkehr, mehr Aufenthaltsqualität an Strassen, welche dem verdichteten Bauen gerecht wird. Das Quartier liegt an der Schnittstelle zum Gebiet Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch. Es wird ein neues dicht bebautes und genutztes Quartier entstehen. Die Klosterzelgstrasse wird das Eingangstor der neuen Siedlung sein. Beim Projekt Stadtraum wird immer die Bahnhofseite als Eingangstor bezeichnet, hier soll ein Industrieboulevard entstehen. Wir sind somit gut beraten, die Strasse im Sinne des Gemeinderates zu erneuern. Die Aufenthaltsqualität im Strassenraum ist im KGV verankert, die Gemeinde setzt Massnahmen zur Vermeidung von quartierfremdem Verkehr um. Aufgrund der Kabelwerke stimmt dies bei uns nur bedingt. Streitpunkt ist, ob die Lastwagen über den Campus oder die Klosterzelgstrasse fahren. Tatsache ist, dass täglich viele grosse Lastwagen über diese Strasse fahren, was eine Gefahr für die Schulkinder darstellt. Entweder muss ein Verbot für den Schwerverkehr verfügt oder die Strasse muss so gestaltet werden, dass eine sichere Querung durch Kinder möglich ist. Das Gebiet Klosterzelg ist eine Nachverdichtungszone, es wird dichter und enger. Umso wichtiger ist es, diese Strasse als möglichen Aufenthaltsort zu haben. Spätestens seit dem letzten Sommer wissen wir, wie heiss es auf unseren Strassen werden kann und der Eingangsbereich der Klosterzelgstrasse ist scheinbar ein Hotspot. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag Variante 1.

Heiko Loretan (Die Mitte): Mein Rückweisungsantrag im März hat die Turbulenzen ausgelöst. Ein Dank an die Grünen, welche mir einen Auftritt mit Foto in der AZ ermöglicht haben. Ich wurde etwas komisch angeschaut, auch im Geschäft, aber das ist ein anderes Thema. Ich glaube, dass viele von uns ihren Rasen in den nächsten Tagen oder Wochen mit Trinkwasser berieseln. Geniesst es, ich bin überzeugt, in fünf bis zehn Jahren wird dies nicht mehr erlaubt sein. Ihr habt es sicher bemerkt, es ist ziemlich warm, extrem trocken, nur ein bisschen Wind. Wurde der Rasen nicht bewässert, ist er bereits braun, keine gute Ausgangslage für ein Grillfest. Die Frage ist: Was kommt auf uns zu? Investieren wir in die Zukunft, was ist in 40 Jahren am Lebensende der Strasse? Wir investieren nicht nur für Morgen, sondern für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Wir müssen dafür sorgen, dass das kommende Wasser bleibt. Der Gemeinderat und ich sind bezüglich Schwammstadt schlauer geworden. Der Kanton hat am 7. Juni

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

2023 einen Workshop durchgeführt, Windisch war ebenfalls dabei. Windisch ist eine der Pilotgemeinden, welche vom Kanton konzeptionell unterstützt wird. Die Fachhochschule war ebenfalls anwesend und ich denke, wir müssen es jetzt wagen. Ich stimme zu.

Stefan Fehlmann (EVP): Die EVP ist mit dem Vorschlag Variante 1 des Gemeinderates ebenfalls einverstanden. Wir unterstützen, dass der Pilot Schwammstadt zum grössten Teil zu Lasten der Abwasserkasse finanziert und mit der Sanierung der Klosterstrasse realisiert wird. Es ist uns wichtig zu betonen, dass in Zukunft differenziert geprüft werden muss, welche Strasse und welcher Strassenraum instandgestellt werden müssen. Es macht Sinn, Gelegenheiten wie bei der Klosterzelgstrasse zu nutzen. Der Umweg über die Schlaufe im Einwohnerrat hätte allenfalls vermieden werden können, Anita Bruderer hat dies in ihrem Votum erwähnt. In kleineren Quartierstrassen werden allenfalls nur die Werkleitungen ersetzt und nicht der ganze Strassenraum umgestaltet. Es ist zu prüfen, wo wie viel investiert werden soll. Ein haushälterischer Umgang mit den Mitteln der Abwasserkasse macht ebenfalls Sinn.

Offene Abstimmungen (Ausstand Matthias Knecht)Gegenüberstellung Antrag FDP – Gemeinderat

Antrag Gemeinderat	25 Stimmen
Antrag FDP	11 Stimmen

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt für die Gestaltung der Klosterzelgstrasse gemäss Variante 1 einen Zusatzkredit von CHF 389'000 inkl. MwSt. für die Erneuerung der Klosterzelgstrasse. Davon gehen CHF 339'000 zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung und CHF 50'000 zulasten der Einwohnergemeinde.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023****11 Verpflichtungskredit Heizungserneuerung Werkhof und Annexbauten**

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Alle Argumente und Gegenargumente liegen vor und der Einwohnerrat sollte eine Entscheidung fällen können. Ja, die neue Heizung ist teuer und ja, es wäre absolut sinnvoll, die Heizung mit einem allfälligen Neubau des Werkhofs zu realisieren. Ja, die Gebäude rund um den Werkhof, welche gemeinsam mit Wärme versorgt werden, müssen dringend energetisch saniert werden. Ja, ein Fernwärmeverbund wäre absolut anzustreben. Diese Massnahmen kosten ebenfalls und können innert nützlicher Frist nicht realisiert werden. Deshalb will der Gemeinderat den Neubau der Heizung jetzt realisieren. Was ist die Alternative? Wir warten bis alle erwähnten Punkte erfüllt sind und betreiben die alte Ölheizung weiter. Wir verschwenden fossile Brennstoffe und sorgen weiterhin für einen hohen CO₂-Ausstoss. Dies sind im besten Fall die einzigen Negativpunkte. Das Risiko ist, dass die 45-Jahre alte Heizung diverse Reparaturen und Sanierungen benötigt, diese Kosten lassen sich nicht abschätzen. Der Kanton verlangt einen neuen, separaten Zugang zu seinem Heizraum und der Dienstbarkeitsvertrag muss erneuert werden. Auch dies kostet Geld. Windisch ist Energiestadt. Einwohnerrat und Gemeinderat haben sich mit grosser Mehrheit zu einem Windisch 2040 Treibhausneutral bekannt. Windisch hat grosse Investitionen vor sich und sollte nicht unnötig Geld verschwenden. Die neue Heizung muss gebaut werden, wenn nicht jetzt, dann später. Geld wird sie so oder so kosten. Setzen wir dieses Geld jetzt für eine sinnvolle, nachhaltige und sichere Lösung ein. Wir wollen glaubwürdig bleiben und nicht unnötig Geld für eine umweltunverträgliche Variante ausgeben. Ich danke allen, welche das Projekt heute unterstützen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Wann wird das Werkhofprojekt vorgelegt?

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Das Projekt liegt vor, ist aber sistiert, da der Entscheid über die Zukunft des EW's abgewartet werden muss. Das Projekt muss an-

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

gepasst werden, es basiert auf der Annahme, dass das EW mit eigenem Personal betrieben wird. Ist dies nicht der Fall, ist das Gebäude allenfalls nicht mehr nötig, oder in einer kleineren Form. Das Projekt wurde deshalb noch nicht vorgestellt.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Wann wird der Entscheid EW traktandiert?

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Der Gemeinderat wird im Oktober eine erste Vorlage unterbreiten.

Fredy Bolt (SP): Die SP-Fraktion empfiehlt aus den folgenden Gründen weiterhin, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen:

1. Die Perspektive einer Fernwärmeversorgung ist äusserst ungewiss. Es bestehen vage Absichtserklärungen, eine Verbindlichkeit oder zeitliche Terminierung fehlt.
2. Das neue Betriebsgebäude ist für die Dimension der Heizung nicht ausschlaggebend. Der Hinweis des Gemeinderates ist klar, der Anteil des Betriebsgebäudes an der benötigten Gesamtkapazität ist sehr klein. Eine Erdsonde beim neuen Betriebsgebäude ist deshalb nicht realistisch. Das Problem ist die grosse Diversität zwischen den Anforderungen und dem baulichen Standard der verschiedenen Gebäude. Das Gebäude müsste abgerissen oder mindestens gründlich saniert werden. Dafür fehlt das Geld. Nicht nur für eine Übergangsphase, sondern während langer Zeit müsste weiter mit Öl geheizt werden. Es geht um grundsätzliche Fragen. Monica Treichler hat sich deutlich ausgesprochen. Als Gemeinde bauen wir keine fossile Heizung mehr und investieren, ohne klare Perspektive für einen Ersatz, nicht mehr Zehntausende von Franken in die Aufrüstung oder den Erhalt einer Ölheizung. Eine Perspektive gibt es nicht.

Der Vorschlag des Gemeinderates ist für die SP-Fraktion nach wie vor eine gute, pragmatische Lösung für eine unbefriedigende Situation. Diese kann kurz- bis mittelfristig nicht bereinigt werden. Wir beglückwünschen den Gemeinderat zu seiner Standfestigkeit, sich nicht mehr auf eine fossile Lösung einzulassen.

Eine kritische Bemerkung zur Fernwärme: Es ist allen klar, diese ist wie die Taube auf dem Dach, allgemein und für die Situation im Werkhof. Fernwärme ist ein Monopolgut, man ist dem Anbieter ausgeliefert. Eine öffentliche Kontrolle und Beteiligung am Anbieter sind deshalb wichtig. Bei mir läuten die Alarmglocken, wenn ich höre, dass sich die IBB, als private Firma, oder die private Reliag um ein Fernwärmenetz bemühen. Die

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Gemeinde müsste den Lead übernehmen und die Rahmenbedingungen für die Fernwärmeversorgung eines Quartiers fixieren und nicht warten, bis das Angebot eines Privaten irgendeinmal eintrifft.

Martin Gautschi (FDP): Fernwärme kann eine Lösung sein. Diese ist frühestens 2025 möglich, realistischer ist eher 2027. Die Öffentlichkeit muss nicht immer aktiv werden, private Initiativen sind zu begrüßen. Ob die Gemeinde sich anschliessen will, kann sie selbst entscheiden. Diskutieren müssen wir die interessanten Optionen. Der Gemeinderat leistet grundsätzlich gute Arbeit, aber bei diesem Geschäft hat er sich keine Mühe gegeben, die Botschaft wird nochmals unverändert unterbreitet. Überlegungen über mögliche Verbesserungen fehlen, wie die Zeit bis zur Fernwärmeerschliessung oder dem neuen Werkhof überbrückt werden soll. Knapp CHF 400'000 sollen für eine un schöne, nicht durchdachte Lösung investiert werden. Alle Dokumente des Kantons belegen, dass die Ölheizung abgetreten wird. Es ist ein alter Gusskessel, welcher eine Lebensdauer von 60 bis 70 Jahren hat. Allenfalls muss der Brenner ersetzt werden. Ich sage nicht, dass wir beim Öl bleiben müssen. Es ist aber sinnvoll zu warten, bis alle offenen Fragen geklärt sind. Wie hoch ist der Bedarf am Standort mit dem neuen EW-Konzept, allenfalls gibt es eine Lösung mit Fernwärme. Es wird voreilig gehandelt, die vorliegende Lösung ist unnötig und unbefriedigend. Mit dem Kanton sind Verhandlungen zu führen, diesbezüglich wurde nichts unternommen. Die Gemeinde muss die Heizung vom Kanton übernehmen und bis zur Klärung der Situation allenfalls kleinere Reparaturarbeiten ausführen. Der Gemeinderat verspricht in seiner Finanzstrategie einen sorgfältigen Umgang mit dem Geld. Diese Investition ist kein sorgsamer Umgang mit dem Geld, die Höhe der Honorare lässt einem schwindlig werden. Bis die Fakten klar sind, muss die Heizung weiterbetrieben werden. Dringlichkeit besteht keine, diese Heizung kann gut noch 10 Jahre betrieben werden. Sollte sie wirklich aussteigen, ist mit dem Kanton zu verhandeln. Wir haben letztes Mal aufgezeigt, dass eine Überbrückungs-Ölheizung CHF 42'000.00 kostet. Bis zur Klärung der Situation ist dies die bessere Lösung, als ein Ersatz. Es gilt unternehmerisch richtig zu handeln, dies muss der Gemeinderat besser machen.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich widerspreche Monica Treichler bei der Aussage «Wenn nicht jetzt, dann später». Wie von Martin Gautschi erwähnt, war dies auch in der letzten Sitzung ein Thema. Es ist schwierig das Vorgehen zu verstehen. Die Heizung soll

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

saniert werden, ohne die bestehenden Gebäude oder einen allfälligen Neubau zu untersuchen. Der Handlungsbedarf für eine gemeinsame Heizung wurde vom Kanton ausgelöst. Für mich stellt sich die Frage, ob Holz der richtige Energieträger ist. Aktuelle Studien zeigen, dass der Holzmarkt stark ausgereizt ist. Die Refuna wird demnächst auf Holz umsteigen, es gibt diverse Wärmeverbände mit Holz. Das Holz wird, teilweise ist dies bereits heute der Fall, aus dem Ausland eingeführt. Es wäre sinnvoller, das Gebäude energetisch zu ertüchtigen, um es mit einer Luft-Wasser-Wärmepumpe zu beheizen. Vielleicht sind Wärmepumpen, analog Kanton, an verschiedenen Standorten nötig. Wir lehnen diese Vorlage ab.

Matthias Zehnder (Grüne): Die Grünen stehen für einen raschen Ersatz von fossilen Heizsystemen ein. Wir erachten die Lösung des Gemeinderates als gut. Die neue Botschaft und die Zusatzinformationen haben verschiedene Fragen geklärt. Bei der Dimensionierung wurden die Unsicherheiten reduziert. Eine Pelletheizung funktioniert am besten, wenn sie richtig dimensioniert ist. In extremen Situationen muss bei den zwei Grossverbrauchern nicht geheizt werden. Bei minus 20 Grad wird kaum Fussball gespielt und die Garderoben werden nicht gebraucht. Ich rege an, die Dimensionierung so zu wählen, dass die Heizung während des grössten Teils der Heizperiode im optimalen Bereich funktionieren kann, damit die Abgaswerte tief gehalten werden können. Wir stellen deshalb folgenden Zusatzantrag: «Die Dimensionierung der neuen Pelletheizung ist so zu wählen, dass das Heizsystem über grosse Teile der Heizperiode im optimalen Leistungsbereich betrieben werden kann und die Schadstoffbelastung der Abluft dadurch möglichst geringgehalten wird.»

Mirjam Aebischer (SP): Stefan Fehlmann hat recht, zuerst müsste das Gebäude saniert werden. Nur ist dies realistisch und aufgrund der Finanzlage innert nützlicher Frist möglich?

Noch eine Bemerkung zur Werkhalle. Wenn ich richtig rechne, brauchen Zivilschutz, Boccia, Militär I und II zusammen beinahe 100 KW. Die Werkhalle, ich nehme an, das neue Werkhofgebäude, benötigt 20 KW. Somit ist für den Entscheid der Heizung marginal, wie gross das Gebäude sein wird.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Stefan Fehlmann (EVP): Ich habe diese Frage nicht geprüft. Aus unserer Sicht wurde eine Sanierung zu wenig detailliert abgeklärt. Vielleicht kann ein Teil der Wärmeverteilung angepasst werden, im Detail weiss ich dies nicht. Das Garderobengebäude kann allenfalls separat betrieben werden. Wie gross die Pelletheizung dimensioniert werden muss, weiss man noch nicht, deshalb kann ich zu dieser Botschaft nicht Ja sagen.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Die Dienstbarkeit ist im Grundbuch eingetragen und bleibt solange bestehen, bis die Gemeinde einer Lösung zustimmt. Solange kann der Kanton über die Räume nicht verfügen, es besteht kein Zeitdruck. Die Lösung erfolgt gratis, für das Dienstbarkeitsrecht wurde seinerzeit bezahlt. Ein Recht sollte man nicht gratis zurückgeben, vielleicht ist es möglich, mit dem Kanton eine Entschädigung von CHF 5'000 auszuhandeln.

Wir sind uns einig: Niemand will eine neue Ölheizung, sie soll jedoch nicht von heute auf morgen ersetzt werden. Nicht verstanden habe ich, weshalb eine Erdsonde nicht möglich sein soll. Bohren kann man und statt mit Luft-Wasser würde mit Wasser-Sole gefahren.

Ein Stück weit sind wir einem Fernwärmelieferanten ausgeliefert. Dies ist auch beim Öl-, Gas- und Pelletlieferanten der Fall. Diese fixieren ihre Preise ebenfalls.

Der Kanton saniert seine Heizung erst im kommenden Winter. Im Herbst werden wir in einem ersten Schritt über das EW informiert. Aus diesem Grunde ist dieses Geschäft nicht einfach schnell durchzuwinken. Es gilt abzuwarten, ob es im Herbst in Bezug auf das EW neue Erkenntnisse gibt, welche einen Einfluss auf den Werkhof haben. Es wäre falsch, diesen grossen Betrag zu bewilligen und im Herbst liegen neue Erkenntnisse vor.

Eine detaillierte Planung der Heizung würde ich begrüssen, Stefan Fehlmann hat es angesprochen. Ich möchte ebenfalls weg von den fossilen Trägern und verstehe, dass dies rasch umgesetzt werden soll. Ich erinnere daran, dass wir uns beim Kredit für den Schulhausneubau einig waren, den Einsatz unserer Mittel gut zu prüfen. Deshalb ist heute mit einer Entscheidung zuzuwarten. Im Herbst wissen wir mehr, dann können wir entscheiden.

Novica Vidic (SVP): Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen. Die Diskussion zeigt, dass viele Fragen nicht geklärt sind und Unsicherheiten bestehen. Man wird das

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Gefühl nicht los, dass dieser Kredit um jeden Preis durchgedrückt werden soll. Es besteht kein Grund zur Eile, höchstens ideologische Gründe.

Windisch bleibt Energiestadt, auch wenn wir die EW-Strategie im Herbst abwarten. Am eingeschlagenen Weg ändert sich nichts. Die SVP hat Stimmfreigabe beschlossen.

Daniel Brassel (EVP): Diverse Voten, bei den verschiedenen Unklarheiten und Unsicherheiten stellen sich bei mir als Ingenieur die Nackenhaare zu Berge. So kann man ein Projekt nicht angehen.

Die Systemgrenze ist aus meiner Sicht nicht sauber geklärt. Wer die Systemgrenze in Frage stellt, so wie ich, müsste sich auch fragen, ob die Pelletheizung die richtige Lösung ist. Vielleicht müsste in Szenarien gedacht und anders gefragt werden. Welche Massnahmen und Aktivitäten sind notwendig, damit eine effiziente und insbesondere unterhaltsarme Wärmepumpe eingesetzt werden kann? Diese Frage ist nicht beantwortet, damit wären allenfalls auch Fragen zur Gebäudesanierung geklärt. Trotz unserer finanziellen Situation mit dem Schulhausneubau erfolgt das Vorgehen beim Thema Umweltschutz nach dem Motto «Koste es was wolle», dazu kann ich nicht Ja sagen.

Martin Gautschi (FDP): Gestützt auf die geführte Diskussion beantragt die FDP Rückweisung.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Es wurde Rückweisung beantragt. Zur Sache sprechen darf, wer sich bereits gemeldet hat. Anschliessend wird nur über die Rückweisung diskutiert. Ist die Diskussion erschöpft oder nicht genutzt, stimmen wir über die Rückweisung ab.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich habe mich aufgrund der Diskussionen gefragt, ob nicht der Bau einer PV-Anlage auf dem Dach zwingend geprüft werden müsste. Ein Grund mehr, weshalb wir der Meinung sind, dass diese Vorlage nicht zu Ende gedacht ist. Ich bin vielleicht etwas kleinlich, aber ich verliere etwas das Vertrauen in das Planungsbüro. Im Grundriss und im Schnitt ist ein Kamin enthalten, in der Fassade fehlt es jedoch. Da stellt sich schon die Frage, ob das Planungsbüro gut fundiert unterwegs ist.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Matthias Zehnder (Grüne): Ein Hinausschieben bringt keine Einsparungen. Der Ersatz ist dringend notwendig und Monica Treichler hat dies gut begründet. Es gibt noch Unklarheiten, was auf die komplexe Werkhalle mit den Zusatzgebäuden zurückzuführen ist. Im Herbst kommt erst ein kleiner Teil über die neue Ausrichtung des EW. Bis zur definitiven Entscheidung wird noch viel Zeit vergehen. Eine Rückweisung bringt somit keinen Nutzen.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Einwohnerrat stimmt mit 19 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen dem Rückweisungsantrag zu.

12 Motion FDP-Fraktion «Primarschule, planbare geschwisterkompatible Stundenpläne»; Überweisung

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Es ist knapp 21.30 Uhr und es stehen noch einige Traktanden an. Ich gehe davon aus, dass wir diese heute noch beraten, allenfalls geht es länger als bis 22.00 Uhr.

Eine Vorbemerkung zu diesem Traktandum: Wir entscheiden heute über die Überweisung und nicht ob wir geschwisterkompatible Stundenpläne einführen wollen. Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat das Thema zu prüfen und dem Einwohnerrat eine Botschaft und einen Antrag über die Umsetzung vorzulegen. Er ist auch frei, eine Ablehnung zu beantragen. In Berücksichtigung der fortgeschrittenen Zeit bitte ich den Rat, die Diskussion auf die Frage der Überweisung zu konzentrieren.

Karin Hefti (FDP): Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie bewegt, alle Eltern mit Kindern sind davon betroffen. Gute Stundenpläne in der Primarschule sind ein Standortvorteil, das Ganze ist nicht nur Privatsache. Mit ihren drei Vorstössen will die FDP für alle Familien echte Verbesserungen erreichen. Wer die Stundenpläne in der Primarschule grundsätzlich optimieren will, stimmt allen Vorstössen zu, da sie aufeinander aufbauen. Ich fasse die Traktanden 12 und 13 zusammen, zum Thema Tageschule äussere ich mich später.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Am 21. April 2023 fand auf Anregung von Isabelle Bechtel ein Austausch zu den Motionen zwischen Isabelle Bechtel und Monica Treichler, Gemeinderat, und Tanja Ott, Matthias Knecht und mir, FDP, statt. Isabelle Bechtel hat die Unterstützung des Postulates Tagesschule durch den Gemeinderat in Aussicht gestellt, nicht jedoch die Stundenplan-Motionen. Die FDP wurde deshalb angefragt, den Rückzug der Motionen zu prüfen. Die Abklärungen der Schule wurden mit der Postulatsbeantwortung bereits präsentiert, neue Erkenntnisse seien nicht zu erwarten. Die Botschaft ist aus unserer Sicht weder zeitgemäss, noch inhaltlich korrekt: Der Gemeinderat verwechselt die Stundenplanverbesserung am Nachmittag mit der faktischen Einführung einer Tagesschule. Deshalb haben wir das alte Postulat in zwei Motionen aufgeteilt: Blockzeiten am Nachmittag, also Beginn ab 13.30 Uhr und planbare und geschwisterkompatible Stundenpläne. Die FDP-Fraktion will keine Betreuung, sondern einen Bildungsauftrag mit geschwisterkompatiblen Blockzeiten. Deshalb haben wir die Motionen nicht zurückgezogen und die Traktandierung verlangt. Erst eine überwiesene Motion verpflichtet den Gemeinderat zum Handeln. Wir haben dem Gemeinderat gleichzeitig vorgeschlagen, unsere Lösungsvorschläge und Überlegungen gemeinsam zu diskutieren.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) unterbricht das Votum: Ich bitte Karin Hefti, sich kurz zu fassen und sich auf die Fragenstellung zu beschränken, weshalb die Motion überwiesen werden soll. Die Vorgeschichte ist uns allen bekannt.

Karin Hefti (FDP): Wir haben dem Gemeinderat mögliche Vorschläge unterbreitet. Isabelle Bechtel hat zugesichert, diese der Schule zu unterbreiten. Es besteht ein starker Wunsch, nachmittags in Blockzeiten zu unterrichten. In der 3./4. Klasse wird am Montag-, Dienstag- und Donnerstagnachmittag unterrichtet, in der Primarschule ist am Donnerstagnachmittag fixer Unterricht.

Weshalb die Motion überweisen: Für die Motionäre ist die 80/20-Prozent-Regel wichtig. Die Lösung ist bereits ab nächstem Schuljahr umsetzbar und für die meisten Familien eine echte Verbesserung. Der FDP ist nicht bekannt, ob die diskutierten Optimierungen des Stundenplans auf das nächste Schuljahr umgesetzt werden. Ich bin sicher, einige Anwesende mit Primarschul- und Kindergartenkindern warten unruhig auf die neuen Stundenpläne in der Hoffnung, dass sie familienkompatibel sind und die Erwerbstätigkeit somit erleichtern. Dabei hilft, wenn der Mittwochnachmittag auch in der Oberstufe

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

schulfrei ist. Unterstützen wir die Windischer Familien mit einem Ja zu den beiden Motionen. Mit der Optimierung der Planung erreichen wir einen Standortvorteil für Windisch.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Ich muss die Äusserungen von Karin Hefti korrigieren: Ich habe die Unterstützung des Postulates Tagesschule durch den Gemeinderat im April nicht zugesagt. Ich habe informiert, dass dem Gemeinderat bewusst ist, dass die Tagesschule in den nächsten Jahren zum Thema werden wird. Die Stundenpläne sind diese Woche veröffentlicht worden. Alle Eltern kennen die Stundenpläne ihrer schulpflichtigen Kinder im nächsten Schuljahr.

Zu den beiden Motionen: Wie von Karin Hefti erwähnt, haben wir uns im Frühling getroffen. Ich wollte die eingebrachten Anliegen dem Stundenplaner der Primarschule geben, damit diese, wenn möglich bei der Stundenplanung für das nächste Schuljahr berücksichtigt werden können:

1. Nicht nur für die 1. und 2. Klassen einen freien Freitagnachmittag, sondern auch für die 3. und 4. Klasse.
2. Einen vereinheitlichten Unterrichtsnachmittag am Donnerstag
3. Einen vereinheitlichten Unterrichtsbeginn am Nachmittag um 13.30 Uhr

Nach Erstellung der Stundenpläne habe ich die Rückmeldung erhalten, dass eine Umsetzung der Anliegen nicht möglich war. Grund: Die Verfügbarkeit von Lehrpersonen und Räumen, Vorgaben, dass Drittklässler keinen 7 Stunden-Tag haben dürfen oder, sie nicht mehr als zweimal pro Woche für die Fröhschule aufgeboden werden dürfen. Die Turnhalle ist ein gutes Beispiel um die Verfügbarkeit der Räume aufzuzeigen. Der Turnunterricht des Dohlenzelg- und Rütenenschulhauses findet in der Turnhalle Dohlenzelg statt. Im neuen Schuljahr ist sie über die ganze Woche von 07.30 Uhr bis 16.00 Uhr eine einzige Lektion nicht besetzt. Die Schule kann den Lehrpersonen vorgeben, zu welchen Zeiten sie arbeiten müssen, damit die Forderungen nach dem freien Freitagnachmittag und weitere Anliegen umgesetzt werden können. Damit würde die Schule für viele Lehrkräfte unattraktiv. Lehrpersonen, welche selber Kinder betreuen müssen, könnten nur erschwert oder gar nicht mehr an der Schule Windisch arbeiten. Unter den Konsequenzen von zu wenig oder nicht gutem Personal leiden am Schluss die Kinder. Ich habe drei Folien vorbereitet, welche anhand eines Beispiels illustrieren, welche Überlegungen bei der Stundenplanung notwendig sind.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Folie 1 zeigt den Stundenplan einer 3. Klasse, diese muss pro Woche während 27 Lektionen unterrichtet werden. 3 von 4 Nachmittagen sind besetzt, was üblich ist, damit die 27 Lektionen erfüllt werden. Der Freitagnachmittag ist aufgrund der Pensen der Lehrpersonen und der Verfügbarkeit von Räumlichkeiten nicht frei. Die beiden blau markierten Nachmittage beinhalten Lektionen im Halbklassenunterricht. Auf dieser Stufe sind 2 Lektionen im Halbklassenunterricht vorgeschrieben.

Die nächste Folie: Soll der Freitagnachmittag in den 3. und 4. Klassen ebenfalls frei sein, müssen diese Stunden auf andere Tage verteilt werden. Dies wäre beispielsweise in den Frühstunden am Montag und Dienstag möglich. Das Problem ist, es entstehen zwei Tage mit 7 Stunden und dies ist in der 3. Klasse nicht zulässig.

Folie 3 zeigt, wie die zwei Stunden des Freitagnachmittags zwischen die beiden Halbklassenstunden am Montag- und Dienstagnachmittag eingeschoben werden. Dies hat zur Folge, dass nicht für alle Schülerinnen und Schüler ein Unterrichtsbeginn um 13.30 Uhr möglich ist.

Diese konkreten Beispiele zeigen, wie schwierig die Stundenplanung ist. Eine weitere Schwierigkeit, allen Wünschen der Eltern gerecht zu werden, sind die knappen Raumressourcen. Der Gemeinderat empfiehlt die beiden Motionen nicht zu überweisen.

Isabelle Schneider (Grüne): Die Grünen unterstützen Massnahmen zur Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Uns ist aber auch ein qualitativ hoher Unterrichtsstandard der Schule wichtig, dass möglichst viel Halbklassenunterricht angeboten wird, die Stundenpläne den pädagogischen Anforderungen entsprechen und die Schule Windisch ein attraktiver Arbeitsort für Lehrpersonen bleibt. In der Botschaft vom März hat der Gemeinderat aufgezeigt, dass die Schule in der jetzigen Form die Forderungen der FDP nicht umsetzen kann. Der Gemeinderat hat Lösungsvorschläge gezeigt, beispielsweise mit modularen Tagesstrukturen oder mit einer Tagesschule. Ich verstehe nicht, weshalb die FDP erneut die gleichen Forderungen stellt. Ich habe selber vier Kinder. Die Forderungen der FDP bringen mir und meinem Mann keinen Mehrwert, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Ich verstehe das Bedürfnis, die Betreuung stärker an den Schulbetrieb zu binden, deshalb unterstützen wir schulinintegrierte Tagesstrukturen. Dies erfordert jedoch einen Systemwechsel, was ein längerer Prozess ist. Die Motionen berücksichtigen dies meiner Meinung nach nicht. Wir unterstützen die Überweisung nicht.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Nadja Sträuli (GLP): Persönlich unterstütze ich die Überweisung, speziell die Motion von planbaren geschwisterkompatiblen Stundenplänen. Ich bin ein Elternteil, welcher den Stundenplan erhalten hat. Am Freitagnachmittag ist wiederum Schule im Halbklassenunterricht. Die lapidare Antwort des Lehrers war, als ich ihn auf unsere beruflichen Verpflichtungen hingewiesen habe, er könne nicht alles berücksichtigen. Die Lehrer haben einen Arbeitsauftrag und eine Anstellung wie wir auch. Im Schulhaus Rüteneu unterrichtet keine attraktive gute Lehrerschaft. Unsere Tochter hatte in der 1. Klasse sieben verschiedene Lehrpersonen. Es muss möglich sein, dass Windisch bessere Stundenpläne macht. Eine optimale Schul- und familienergänzende Kinderbetreuung, welche den Eltern das Arbeiten ermöglicht, sind für Windisch Standortvorteile. Aufgrund der Motion Unterrichtsbeginn um 13.30 Uhr konnte meine Tochter später in die Schule gehen und ich kann um 16.00 Uhr Feierabend machen. Wir müssen darüber diskutieren, dass die Nachmittage fix frei bleiben müssen. Dann müssen wir nicht jedes Jahr im Juni mit dem Arbeitgeber diskutieren, wie wir im nächsten Jahr arbeiten. Dieses Anliegen ist dringend.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich hatte nie Kinder in der Schule und es ist etwas speziell, dass ich mich äussere. Eigentlich hätten wir den Spezialisten einladen sollen, der die Stundenpläne erarbeitet und stark gefordert ist, allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Ich nehme an, dass wir alle keine Erfahrung im Erarbeiten von Stundenplänen haben. Isabelle Bechtel hat die Problematik aufgezeigt. Da sind die Heilpädagogen, welche eingeplant werden müssen, die Musikschule hat berechtigterweise ihre Ansprüche und die Logopädie muss ebenfalls während den Schulstunden erfolgen. Ich habe gelernt, dass die Stundenpläne eines Erst-, Dritt- oder Viertklässlers stundenplanmässig nicht vereinbar sind. Es gibt derart viele unterschiedliche Konstellationen mit Kindern zwischen der 1. und 6. Klasse und es ist unmöglich, den Ansprüchen aller Familien gerecht zu werden. Ich verstehe den Wunsch, und er ist berechtigt, wenn man ausserhalb des Hauses arbeitet. Nicht zu vergessen ist, dass auch bei den Lehrkräften ein Fachkräftemangel besteht. Weder die Motion noch die Diskussion berücksichtigen dies. Lehrkräfte müssen geschützt werden, wir brauchen diese extrem. Erst kürzlich war zu lesen, wie viele Lehrer im Kanton Aargau für das neue Schuljahr noch fehlen. Eine sehr bedenkliche Situation. Wir besetzen die Stellen mit Leuten aus anderen Branchen, anstatt dafür zu sorgen, dass unsere Lehrkräfte ihre Wünsche ein Stück weit anbringen können. Die Halbklassen, das habe ich ebenfalls gelernt, ist im Lehrplan 21 zwingend

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

vorgeschrieben. Diese ist nicht nur für Kinder wichtig, welche mehr Betreuung brauchen, sondern auch für starke Schüler. Diese können im Halbklassenunterricht mehr gefördert werden. Aus meiner Sicht muss diese Motion nicht überwiesen werden.

Luzia Capanni (SP): Der SP ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Anliegen. Dies ist nach wie vor schwierig und für Eltern eine koordinative Herausforderung und während dem Vorschulalter und in der Primarschule eine finanzielle Belastung. Ich spreche zu beiden Traktanden.

Der Gemeinderat hat mehrmals aufgezeigt, dass die Forderungen aus dem Postulat und nun den beiden Motionen zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzbar sind. Isabelle Bechtel hat die Situation nochmals erläutert. Ich verstehe nicht, weshalb wir jetzt noch Motionen überweisen sollen.

Noch eine Anmerkung: Auch meine Kinder haben die Stundenpläne erhalten. Bei einem Kind sind die Halbklassen nächstes Jahr aufgrund des sozialen Verhaltens der Schülerinnen und Schüler neu aufgeteilt worden. Davon verspricht man sich mehr Ruhe im Klassenverband und schafft den Kindern ein Lernumfeld, in dem sie sich wohlfühlen und besser lernen können. Die geschwisterkompatiblen Modelle von Zürich, wo man immer in der gleichen Halbklasse sein soll, müssen manchmal aus pädagogischer Sicht neu aufgeteilt werden, sodass es nicht mehr gleich umsetzbar ist. In Zeiten des Fachkräftemangels soll die Schule eine attraktive Arbeitgeberin sein, dies ist Standortmarketing für die Gemeinde und die Schule. Von guten Lehrpersonen profitieren unsere Kinder. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf Kosten anderer Berufstätiger zu verbessern, in diesem Fall der Lehrpersonen, ist eine Verschiebung des Problems und keine Lösung. Es braucht eine qualitativ gute bezahlbare Kinderbetreuung im Vorschulalter und in der Primarschule und faire Löhne für Betreuungspersonen. In Windisch bestehen bereits gute Grundlagen, diese können aber noch verbessert werden. Dies fördert die Gleichstellung und schafft Gerechtigkeit für Eltern, insbesondere für die Frauen. Wir lehnen die Motionen aufgrund des fehlenden Mehrwerts ab.

Martin Gautschi (FDP): Ich gratuliere Nadja Sträuli zu ihrem guten Votum. Das Aushandeln der Arbeitszeiten mit dem Arbeitgeber ist schwierig, deshalb unterstütze ich die Motion.

Eine Frage an Isabelle Bechtel: Ich habe gehört, dass viele Lehrkräfte am Freitagnachmittag keine Schule mehr geben, um früher ins Wochenende zu gehen. Verfügt die

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Schule Windisch als Arbeitgeber, dass am Freitagnachmittag unterrichtet werden muss?

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Die Lehrpersonen geben ihre Arbeitsmöglichkeiten bekannt. Zeigt die Stundenplanung, dass dies nicht möglich ist, müssen die Lehrkräfte der Schule entgegenkommen, andere Arbeitsmöglichkeiten angeben oder bereit sein, zu unterrichten. Der freie Freitagnachmittag würde ja euren Wünschen entsprechen, dies entspricht aber nicht der Realität.

Fredy Bolt (SP): Altersmässig betrifft mich dieses Thema nicht mehr, trotzdem äussere ich mich dazu. Wir haben von Nadia Sträuli, Luzia Capanni und Isabelle Bechtel drei sehr unterschiedliche Ansichten gehört, was mir zeigt, das Problem lässt sich nicht mit einer Motion lösen. Ich äussere mich altmodisch, deshalb habe ich das Wort ergriffen: Die Schule hat in erster Linie einen Bildungsauftrag. Diesem sind die anderen Aspekte unterzuordnen, auch wenn es für die individuellen Bedürfnisse der Eltern hart ist. Das Problem der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie muss man anders lösen. Das bestehende gute Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung kann vielleicht noch erweitert werden. Das Angebot der Tagesbetreuung kostet. Es muss überlegt werden, für welchen Zeitraum diese beansprucht werden soll und ob es finanzierbar ist. Eine Standortqualität von Windisch ist eine pädagogisch und bildungsmässig gut aufgestellte Schule. Für mich ist der Bildungsauftrag der Schule prioritär, alles anderes muss sich einfügen oder unterordnen. Ich lehne deshalb beide Motionen ab.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 13 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Überweisung der Motion FDP-Fraktion «Primarschule, planbare geschwisterkompatible Stundenpläne» wird abgelehnt.

Protokoll des Einwohnerrates

14. Juni 2023

13 Motion FDP-Fraktion «Primarschule, Unterrichtsbeginn 13.30 Uhr»; Überweisung

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 11 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Überweisung der Motion FDP-Fraktion «Primarschule, Unterrichtsbeginn 13.30 Uhr» wird abgelehnt.

14 Postulat FDP-Fraktion «Einführung Tagesschule»; Überweisung

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Auch hier geht es nur um die Überweisung. Im Falle einer Überweisung wird der Gemeinderat beauftragt, das Thema zu prüfen und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten und allenfalls einen Antrag zu stellen.

Karin Hefti (FDP): Die Motionen wurden nicht überwiesen, deshalb kommt dem Postulat eine grosse Bedeutung zu. Erfahrungen aus anderen Gemeinden zeigen, dass die Einführung einer Tagesschule anspruchsvoll ist, insbesondere wenn eine neue Liegenschaft gesucht werden muss. Es ist einfacher mit der Tagesschule teilweise in einem neuen Schulhaus, wie dem Dohlenzelg, mit grosszügigen Räumen für 12 Schulklassen zu starten. Die FDP-Fraktion hat die Vision, dass im neuen Primarschulhaus Dohlenzelg ausgewählte Klassen als Tagesschule geführt werden. Die Tagesschule Windisch könnte von den Erfahrungen der Stadt Zürich profitieren, welche die Primarschule neu für die ganze Bevölkerung immer als Tagesschule führt. Das heisst Blockzeiten vormittags 08.20 bis 11.50 Uhr, Blockzeiten nachmittags ab 13.30 Uhr....

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) unterbricht das Votum: Ich bitte Karin Hefti, sich zur Überweisung zu äussern.

Karin Hefti (FDP): Man muss doch verstehen, um was es geht. Das Mittagessen an gebundenen Nachmittagen ist freiwillig. Das Mittagessen an der Schule und die Stundenplantafeln können an die Aargauer und Windischer Vorgaben angepasst werden. Die Tagesschule soll im ersten Jahr mit der 1. und 2. Klasse starten, im zweiten Jahr mit der 1. bis 3. Klasse und so weiter bis zur 6. Klasse. Bei einer Tagesschule «light» besteht nicht mehr so viel Verpflichtung, wie in der klassischen Tagesschule von Montag bis Freitag.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) unterbricht das Votum: Ich bitte Karin Hefti nochmals, sich zur Überweisung des Postulates zu äussern. Wird es überwiesen, ist es Aufgabe des Gemeinderates, eine Lösung zu präsentieren. Es ist nicht Aufgabe der Postulantin, bereits die Lösung vorzuschlagen.

Karin Hefti (FDP): Diese Vorschläge wurden per Mail übermittelt.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Das ist richtig, aber es sind keine Fakten zur Frage Überweisung Ja oder Nein.

Karin Hefti (FDP): Ich danke für die Überweisung des Postulates für eine moderne Schule.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein Anliegen des Gemeinderates. Eine Tagesschule für Windisch oder für Windisch und Brugg wird in den nächsten Jahren zum Thema, unweigerlich in Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Stadtraums Brugg-Windisch. Eine seriöse Abklärung oder gar die Realisierung einer Tagesschule darf weder unterschätzt noch überstürzt werden. Dies erfordert intensive Abklärungen und viele, teilweise aufwändige Schritte. Dazu gehören beispielsweise die Definition der Projektzuständigkeit, eine Bedarfsanalyse, Zielsetzung und Definition einer Tagesschule, eine Machbarkeitsstudie, eine Finanzierungsanalyse, die Standortdefinition, die Klärung der Zusammenarbeit mit Brugg, die Konzepterarbeitung einer Tagesschule, ein Volksentscheid und dann die Umsetzung.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Wir haben weder in der Schule noch in der Verwaltung die Ressourcen, um dieses Thema zu bearbeiten. Der Gemeinderat hat in der laufenden Legislatur andere Schwerpunkte gesetzt und die personellen Ressourcen entsprechend eingeplant. Die Bearbeitung des Postulates müsste extern vergeben werden, dies verursacht Kosten und das Know-How bleibt nicht in der Gemeinde. Der Gemeinderat wird jedoch in die im Herbst geplante Elternbefragung zu den Tagesstrukturen eine Bedürfnisabklärung integrieren. In einem ersten Schritt soll geklärt werden, ob ein Bedürfnis besteht. Das Angebot einer Tagesschule soll kein Privileg, sondern für alle Eltern, respektive für alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen zugänglich sein. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat das Postulat «Tagesschule» nicht zu überweisen.

Giovanna Feusi (SP): Mir ist immer weniger klar, wie sich dieses Postulat von den beiden abgelehnten Motionen unterscheidet. Grundsätzlich begrüsse ich Tagesschulen. Eine gute Möglichkeit, um für verschiedenste Kinder einen ruhigen Arbeitsablauf und Integration ihrer Hausaufgaben, Freizeit- und Schulstunden zu ermöglichen. Isabelle Bechtel hat informiert, wie wichtig eine sorgfältige Planung einer Tagesschule ist. Kooperationen müssen gesucht werden, dies braucht Zeit. Die Planung ist nicht gratis zu haben und in der von der FDP gewünschten Form nicht möglich. Der Gemeinderat hat das Thema aufgenommen und wird eine Bedarfsabklärung durchführen, was ich begrüsse. Das Postulat ist in der vorliegenden Form, mit der schwammigen Begrifflichkeit der Tagesschule, nicht nötig.

Anne Sutter (SP): Ich habe 12 Jahre als Primarlehrerin in einer Tagesschule in Zürich gearbeitet. Eine Tagesschule braucht Räume und Personal, sie ist sehr teuer und es braucht eine sehr sorgfältige Planung. Grundsätzlich ist es die beste Schulform, die ich als Lehrerin erlebt habe, vor allem für die jüngsten Kinder. Nur, so schnell wie man sich dies vorstellt, ist es nicht möglich. Eine Bedarfsabklärung ist eine erste Bedingung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Realisierung in den nächsten zwei Jahren möglich ist. Es ist wohl eher nochmals ein neues Schulhaus oder Betreuungsgebäude notwendig.

Luzia Capanni (SP): Im Kanton Aargau gibt es aktuell nur eine Gemeinde mit einer Tagesschule. Die Stadt Baden führt Tagesschulen, eine im Zentrum und eine in Rütihof. Die Nachfrage ist grösser als das Angebot. Vor Schulbeginn muss man entscheiden, ob

Protokoll des Einwohnerrates

14. Juni 2023

man von diesem Angebot Gebrauch machen will oder nicht. Es besteht auch die Möglichkeit, die flexiblen Angebote der Tagesstruktur zu nutzen. Der Vorteil ist, dass es für die Kinder Ruhe bringt. Sie sind im gleichen Schulverband, nehmen das Mittagessen gemeinsam ein, was ein grosser Vorteil für die Kinder und auch die Familien ist. Wir unterstützen das Anliegen deshalb grundsätzlich. Windisch soll die Einführung einer Tagesschule mittelfristig ins Auge fassen und diese bei der weiteren Schulraumplanung berücksichtigen. Das Postulat verlangt, die aktuelle Fassung ist nicht im Axioma aufgeschaltet, dass die Prüfung noch in dieser Amtsperiode erfolgen muss. Dies ist aus verschiedenen Gründen nicht realistisch. Schule und Verwaltung sind mit dem Neubau des Schulhauses Dohlenzelg personell und finanziell gefordert. Mit den vielen geflüchteten Kindern steht die Schule vor einer weiteren grossen Herausforderung. Wir gehen davon aus, dass eine regionale Zusammenarbeit bezüglich einer Integrationsklasse geprüft oder sogar eingeführt wird. Mit dem Gebiet Winkel und dem Stadtraum Brugg-Windisch entstehen zwei neue Quartiere, welche eine neue Schulraumplanung erfordern. Die Sanierung des Schulhauses Rüteneu wird als nächstes folgen. Das Anliegen ist wichtig und es wäre schade, wenn wir heute scheitern würden. Wir schlagen deshalb vor, den Postulatstext so anzupassen, dass eine Prüfung des Bedarfs oder der Nachfrage verlangt wird. Wir sind gespannt auf die Stellungnahme der Postulantinnen.

Martin Gautschi (FDP): Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Anliegen der Linken. Ich bin irritiert, jetzt gibt es tausend Gründe, weshalb dies nicht umgesetzt werden soll. Es ist gut, dem Gemeinderat Druck zu machen, damit er sich konzeptionell damit auseinandersetzt. Die Standortattraktivität wurde mehrmals angesprochen. Wir wollen gute Lösungen und eine moderne Schule. Deshalb machen wir sanften Druck, damit der Gemeinderat diese Themen bearbeitet, allenfalls auch etwas schneller als andere Gemeinden. Zu den Kosten: Vielleicht einmal das Geld nicht für einen Pilot, sondern für etwas Sinnvolles einsetzen. Eine gute Schule und ein attraktiver Standort führen zu mehr Steuereinnahmen.

Isabelle Schneider (Grüne): Grundsätzlich unterstütze ich, dass die Einführung einer Tagesschule geprüft wird, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehr wichtig. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass die schulergänzende Kinderbetreuung eine hohe

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Qualität hat. Die Überprüfung der aktuellen Struktur hat wesentliche Mängel aufgezeigt. Deshalb ist es wichtig, die Bearbeitung dieses Postulates sorgfältig anzugehen. Ich bitte die Postulantinnen den Zeitraum «Legislaturperiode 2022/2025» zu streichen.

Karin Hefti (FDP): Wir haben bereits im April einen anderen Test eingereicht: «Der Gemeinderat wird eingeladen die Einführung einer freiwilligen, gebundenen Tagesschule als Teil der Volksschule in der Legislaturperiode 2022 – 2025 zu prüfen.» Der Gemeinderat soll das Anliegen noch während der laufenden Amtsperiode prüfen. Es geht nicht um die Einführung, dies wäre unrealistisch. Im Axioma ist die falsche Fassung aufgeschaltet.

Isabelle Schneider (Grüne): Ich setze auch bei der Prüfung ein Fragezeichen. Die Bedarfsabklärung erachte ich als sehr wichtig. Gestützt auf die Ergebnisse werden die zeitlichen Leitplanken gesetzt. Zeigt die Bedarfsabklärung eine hohe Priorität, muss der Gemeinderat den Fokus dem Bedürfnis der Bevölkerung anpassen. Ist der Bedarf nicht ausgewiesen oder nicht klar welche Variante....

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) unterbricht Votum: Ich muss unterbrechen, weil wir eine Diskussionsrunde führen. Nochmals zum politischen Instrument Postulat. Mit der Überweisung wird der Gemeinderat beauftragt, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Er muss das Postulat bearbeiten und mindestens in regelmässigen Abständen über seine Arbeit informieren. Am Schluss unterbreitet er einen Bericht, welcher allenfalls den Antrag für die Einführung einer Tagesschule beinhaltet. Er kann auch zum Schluss kommen, dass kein Bedarf besteht. Es ist Sache des Gemeinderates wie er diesen Auftrag erledigt, ihr seid bereits in der Diskussionsrunde.

Isabelle Schneider (Grüne): Das Postulat gibt vor, bis wann der Gemeinderat die Prüfung durchgeführt haben muss.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Im Postulat steht, dass er mit den Arbeiten in der aktuellen Legislaturperiode starten muss. Im Geschäftsreglement ist festgehalten, in welchem Zeitraum er das Postulat bearbeiten muss.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Karin Hefti (FDP): Luzia Capanni und ich haben ein längeres Telefongespräch geführt. Wir sind uns wohl alle einig, dass zuerst der Bedarf geklärt werden muss. Dies ist ein Teil des Postulates und kann ergebnisoffen sein. Eine Umsetzung im Rahmen des Stadtraums Brugg-Windisch erachte ich als schwierig, es ist besser dies alleine zu machen. Ich habe eine Vision aufgezeigt, es gibt aber auch andere Lösungen. Es ist eine Bedarfsanalyse, ein Prüfungsumfang notwendig. Im Axioma ist der falsche Text aufgeschaltet, wir sind ein urbaner Ort.....

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) unterbricht das Votum: Wir drehen uns im Kreis. Es geht nur um die Frage, will der Einwohnerrat den Gemeinderat beauftragen, das Thema Tagesschule zu prüfen, ja oder nein. Wenn Ja: Überweisen, wenn Nein: Nicht überweisen. Es ist Sache des Gemeinderates, wie er den Auftrag erledigt.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich habe folgenden Text: «Der Gemeinderat wird eingeladen, die Einführung einer freiwilligen, gebundenen Tagesschule als Teil der Volksschule in der Legislaturperiode 2022/25 zu prüfen.» Die Frage ist, will der Einwohnerrat das Postulat überweisen, ja oder nein.

Fredy Bolt (SP): Wir sind uns einig, es ist für die Zukunft ein äusserst wichtiges Thema. Es wäre sehr verhängnisvoll, wenn diese Forderung vom Rat zurückgewiesen wird. Ich bitte deshalb die Postulantinnen das Postulat zurückzuziehen und es neu zu formulieren. Es soll Anknüpfungspunkte an die Schulraumplanung und die Entwicklung von Windisch enthalten und vor allem ist der Zeitdruck wegzulassen. Dieser ist der Sache nicht dienlich.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) unterbricht Votum: Ich unterbreche, weil es keinen Zeitdruck gibt. Der Auftrag ist eine Prüfung in der laufenden Legislaturperiode. Dies muss der Gemeinderat ohnehin machen. § 37 Abs. 2 Geschäftsreglement bestimmt zum Postulat: Wird das Postulat von der Ratsmehrheit dem Gemeinderat überwiesen, so hat dieser darüber in der Regel innert sechs Monaten einen Bericht zu erlassen und kann gegebenenfalls Antrag stellen». Ist dies innert dieser Frist nicht möglich, muss der Gemeinderat regelmässig einen Zwischenbericht erstatten.

Protokoll des Einwohnerrates

14. Juni 2023

Fredy Bolt (SP): Die Formulierung «Legislaturperiode» erzeugt den Zeitdruck, in dieser Legislaturperiode eine seriöse Abklärung zu machen...

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) unterbricht das Votum: Die Streichung des Wortes «Legislaturperiode» ändert am Zeitdruck zur Bearbeitung eines überwiesenen Postulates nichts. Es gilt die Regelung des Geschäftsreglements. Wer keinen Zeitdruck will, darf das Postulat nicht überweisen. Ich komme zur Abstimmung.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat «Einführung Tagesschule» wird überwiesen.

15 Beantwortung von gestellten Fragen 14.06.2023

Kleine Anfrage Luzia Capanni (SP) «Kommunikation der Gemeinde Windisch»

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

Wie ist der Stand der Umsetzung der Erkenntnisse betreffend Kommunikation aus dem Zukunftskafi?

- Die Ergebnisse wurden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Der Verwaltungsleiter, Marco Wächter, hat diese mit der Arbeitsgruppe im Detail besprochen. Der Gemeinderat wird nun das weitere Vorgehen diskutieren und festlegen.

Welche Massnahmen sollen betreffend Kommunikation konkret umgesetzt werden?

- Dies hat der Gemeinderat noch nicht entschieden und ist noch zu diskutieren.

Strebt der Gemeinderat die Erarbeitung eines Kommunikationskonzepts / einer Kommunikationsstrategie für die Gemeinde Windisch – im Sinne von «wer sagt wem, wie, wann, was, womit» - an?

Protokoll des Einwohnerrates

14. Juni 2023

- Der Gemeinderat hat bereits ein Kommunikationskonzept, Basis für die aktuelle Kommunikation. Es ist jedoch im Sinn des Gemeinderates, dieses aufgrund der aktuellen Situation und Erkenntnisse und den Bedürfnissen der Anspruchsgruppen entsprechend anzupassen.

Sollen aus Sicht des Gemeinderates finanzielle Ressourcen für eine professionelle Kommunikation gesprochen werden, um die Verwaltung und die Verwaltungsleitung sowie den Gemeinderat zu entlasten?

- Der Gemeinderat setzt sich im Rahmen der Verwaltungsanalyse 2023, aktuell ist diese im Gange, mit dem Thema auseinander, wie und wo, die Kommunikation angesiedelt wird.

Luzia Capanni (SP): Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass das aktuelle Kommunikationskonzept und die vorhandenen Ressourcen genügen?

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Die Verwaltungsanalyse ist im Gange und die Kommunikation ist ein Thema. Die Ressourcen sind aufgrund der wiederkehrenden Kosten genau zu prüfen. Im Zuge der Pensionierung von Stefan Wagner wird es andere Wege geben sich zu organisieren und die Kommunikation allenfalls mit den bestehenden Pensen abzudecken. Warten wir das Ergebnis der Analyse ab, wir werden anschliessend darüber informieren, was notwendig ist.

Kleine Anfrage Ueli Widmer (SP) und Mirjam Aebischer (SP): Kostentransparenz Projekt Stadtraum Brugg-Windisch

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

Wie ist die Aufteilung der anfallenden Arbeiten im Projekt Stadtraum Brugg-Windisch grundsätzlich geregelt? Besteht eine entsprechende schriftliche Übereinkunft zwischen den beteiligten Partnern?

- Die Grundlage der Zusammenarbeit bildet eine Planungsvereinbarung. Diese hat der Einwohnerrat mit den Kreditunterlagen vom 21. Juni 2021 erhalten und sie ist im Axioma einsehbar.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Wer leistet zurzeit die anfallende Arbeit für das Projekt Stadtraum Brugg-Windisch?

- Aus den Unterlagen der Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2021 ist inkl. Organigramm ersichtlich, wer die beteiligten Partner sind.

Falls die Arbeiten momentan ausschliesslich von der Gemeindeverwaltung Windisch (bzw. dem Vorsteher der Abteilung Planung und Bau, Roland Schneider) gemacht werden:

- a) Werden die zusätzlichen durch die Gemeindeverwaltung Windisch (bzw. die Abteilung Planung und Bau) übernommenen Arbeiten abgegolten? In welcher Weise erfolgt diese Abgeltung?
 - Im Rahmen der Kostenkontrolle Ende 2022 hat sich abgezeichnet, dass in der Phase 2a mehr Kosten anfallen. Im Auftrag der Projektsteuerung hat die Projektleitung in der Folge gemeinsam mit den Projektpartnern und Auftragnehmenden die prognostizierten Mehrkosten bis zum Abschluss der Phase 2A optimiert. Durch die Fokussierung auf die zentralen Themen und vermehrte Eigenleistungen durch die Abteilungen Planung und Bau der Standortgemeinden konnten diese Mehrkosten auf ein Minimum reduziert werden. Aktuell ist ein Nachtragskredit von CHF 16'000.00 pro Partner gesprochen worden. Aufgrund eines unfallbedingten Ausfalls der Vertretung der Abteilung Planung und Bau Brugg, hat Roland Schneider während zwei Monaten Mehrleistungen im Umfang von ca. 30 Stellenprozenten erbracht. In der Zwischenzeit hat die Raumplanung der Stadt Brugg den Part der Abteilung Planung und Bau Brugg übernommen und der Stadtrat hat über ein Planungsbüro zusätzliche Leistungen eingekauft. Nach der Einarbeitungszeit werden die noch ausstehenden Leistungen, Protokolle schreiben, Erarbeitung Botschaft, Vorbereitung Echogruppenanlass, vorwiegend von Brugg erbracht. Roland Schneider ist im Moment sehr entlastet.
- b) Wie wird die Zusatzbelastung in der Gemeindeverwaltung Windisch (bzw. der Abteilung Planung und Bau) aufgefangen? Werden zusätzliche personelle Ressourcen geschaffen?
 - Am 01. April 2023 hat die neu geschaffene Stelle «Bereichsleitung Baubewilligungen» mit einem erfahrenen Fachmann, Roland Baumann, besetzt werden können. Er wird Roland Schneider in einem grossen Mass entlasten.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023****16 Mitteilungen des Gemeinderates 14.06.2023**

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP):

Elektrizitätswerk

1. Beim Projekt Neubau und/oder Sanierung Werkhof mit der räumlichen Integration des EW wird der Gemeinderat, wenn notwendig Anpassungen vornehmen.

2. Für die Kundinnen und Kunden des EW ändert sich vorläufig nichts und die aktuellen Ansprechpartner bleiben für die nächsten 12 Monaten dieselben. Dazu folgende Informationen: Vom Januar bis im April haben unter der Begleitung der Firma EVU-Partners vier Workshops stattgefunden, an denen eine 2er Delegation der Fraktionen, die Energiekommission, der Gemeinderat und die Verwaltungsleitung teilgenommen haben. Zwei Punkte waren wichtig: Alle Teilnehmenden der Workshops sollen den gleichen Wissens- und Informationsstand haben, dafür wurden die Grundlagen des Schweizer Strommarktes präsentiert. Zweitens stand die Definition der Ziele, welche die Gemeinde mit dem EW Windisch verfolgen soll, im Fokus. Die Mehrheit der Workshopteilnehmenden will am Eigentum des EW festhalten und der Einfluss auf die finanzpolitischen Aspekte des EW und die Tarifgestaltung wird hoch gewichtet. In Zukunft soll über das EW Einfluss auf die Energie- und die Klimapolitik von Windisch genommen werden. Ebenso sind die eigentümerstrategischen Optionen, beispielsweise die Organisation des EW, diskutiert worden.

Die Ergebnisse des Workshops lassen sich wie folgt zusammenfassen: Es wurde erkannt, dass es für das kleine EW Windisch eine grosse Herausforderung ist, einen professionellen Betrieb mit eigenem Personal sicherzustellen. Man ist offen, dass die Auslagerung des operativen Betriebes an einen externen Dienstleister geprüft wird. Die Verpachtung oder der Verkauf des Stromnetzes soll nicht weiterverfolgt werden. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft wird als politisch herausfordernd angesehen. Die Umwandlung in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt wird als realistischer bewertet.

Der Gemeinderat hat das weitere Vorgehen festgelegt. Bis Ende 2023 soll eine Eigentümerstrategie ausformuliert werden. Die Erkenntnisse aus den Workshops sind dabei sehr wichtig und bilden eine Grundlage. Gleichzeitig wird die Ausschreibung der externen Betriebsführung für die nächsten drei bis fünf Jahre vorbereitet. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Einkauf der operativen Tätigkeiten bei einem grösseren Betrieb

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

eine optimale Voraussetzung ist, um das EW langfristig auf stabile Beine zu stellen und die gute Dienstleistungsqualität zu erhalten. Weitere Zielsetzungen, das EW als Instrument für die Energie- respektiv Klimapolitik zu nützen oder einen grossen Einfluss auf Produkte und Tarife zu nehmen, sind möglich. Der Entscheid über die externe Betriebsführung wird dem Einwohnerrat im Oktober unterbreitet. Der Gemeinderat wird in einem nächsten Schritt die Grundlagen erarbeiten und dem Einwohnerrat im Oktober 2024 einen Projektierungskredit für die Prüfung einer Rechtsformänderung vorlegen. Mit dem beschriebenen Ablauf wird ein stabiler operativer Betrieb sichergestellt.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP):

Situation Flüchtlinge

Die Unterkunft an der Zürcherstrasse 37 für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) ist mit 20 unter 18 Jahre alten Männern voll belegt. In der kantonalen Unterkunft an der Unterwerkstrasse leben 13 männliche Geflüchtete mit Status F. Bei Privaten und in den durch die Gemeinde gemieteten Wohnungen halten sich zurzeit 48 Schutzsuchende aus der Ukraine auf. Per 01. Juni 2023 leben 81 Geflüchtete in Windisch.

Die Betreuung der UMA's ist während 24 Stunden durch die soziale Fachstelle in Brugg sichergestellt. Auftraggeber ist der Kanton, die Gemeinde ist aber im regelmässigen Austausch mit den Verantwortlichen der SOFA. Der Gemeinderat konnte am Montag die Unterkunft an der Zürcherstrasse 37 besichtigen. Die Betreuenden sind Fachpersonen. Auch in der Nacht ist immer eine Fachperson vor Ort. 6 UMA's besuchen die Regelschule Windisch, die anderen 14 besuchen Einschulungs- oder Deutschkurse oder weitere Massnahmen des Kantons. Die Integration der UMA's in die Schule ist eine weitere Herausforderung. Diese konnte bisher mit den zusätzlichen Ressourcen des Kantons bewältigt werden. Die Betreuenden attestieren allen UMA's eine hohe Lernbereitschaft und Motivation. Bisher sind an der Zürcherstrasse 37 keine besonderen Ereignisse bekannt.

Einführung Jugendparlament und offene Jugendarbeit

2021 ist das Postulat «Jugendparlament» und 2022 das Postulat «offene Jugendarbeit» überwiesen worden. Der Gemeinderat hat eine gemeinsame Bearbeitung der Postulate geprüft. Eine Verschmelzung ist allerdings nicht sinnvoll, die Ziele der beiden Postulate

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

sind zu unterschiedlich. Abklärungen mit der Organisation Schweizerisches Jugendparlament für die Durchführung von solchen Projekten haben aufgezeigt, dass dies mit sehr hohen Kosten verbunden wäre. Im Rahmen des Zukunftskafi hatten wir Gespräche mit Stefan Tittmann von der Fachhochschule Ostschweiz, er hat bereits einige Projekte solcher Art begleitet. Er hat empfohlen, das Thema Jugendparlament auf das Thema «kinderfreundliche Gemeinde» auszuweiten und generell das Thema «Kinder- und Jugendpartizipation» aufzunehmen. Die Ressourcen der Verwaltung lassen eine weitere Bearbeitung des Themas erst nach den Sommerferien zu, ein schriftlicher Zwischenbericht ist für die Einwohnerratssitzung vom Oktober vorgesehen.

Im Postulat «Jugendarbeit Windisch» wird der Gemeinderat eingeladen Aufgabenbereiche, Organisation und Umsetzung der Jugendarbeit auf ihre Ziele hin zu überprüfen. Auch eine Einbindung und Mitfinanzierung der Nachbargemeinden soll geprüft werden. Die Evaluation ist gestartet und wird durch die Fachstelle Team+ begleitet. Die Gemeinde Hausen ist mit dem zuständigen Ressortverantwortlichen eingebunden. Der nächste Workshop findet am 23. Juni 2023 statt. Für die Leitung des Jugendtreffs haben wir ein laufendes Bewerbungsverfahren, gerne möchten wir den Treff ab August 2023 wieder eröffnen. Hoffen wir, dass es dieses Mal klappt und wir zwei gute Leute finden.

Klimakonzept

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Der Einwohnerrat hat den Gemeinderat beauftragt bis 2024 ein Klimakonzept zu erarbeiten und erste Massnahmen umzusetzen. Ich informiere kurz über den Stand. Roland Schneider hat sich mit dem Vorgehen für die Erarbeitung einer Klimastrategie befasst und erarbeitet aktuell eine Projektskizze. Diese enthält die ersten Schritte, welche in Angriff genommen werden sollen. Die Strategie wird durch ein externes Büro erarbeitet und der ganze Prozess muss intern und von verschiedenen weiteren Leuten begleitet werden. Die Projektskizze gibt auch über die Form der Organisation des Projektes Auskunft. Diese wird bis zur Oktobersitzung vorliegen.

Protokoll des Einwohnerrates**14. Juni 2023**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

RGVK und Stadtraum

Nebst dem RGVK werde ich auch kurz über den Stadtraum informieren. Letzte Woche hat eine Behördendelegationssitzung stattgefunden. Im Bereich Raum Brugg-Windisch läuft zurzeit nicht viel. Der Schwerpunkt liegt auf den Velostrecken. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat noch im Juni eine Botschaft unterbreiten. Er will die Velostrecken/Velowege überarbeiten, weil das 20-jährige Werk Lücken hat und Brugg-Windisch soll als Pilotregion priorisiert werden. Am 27. Juni 2023 ist ein grosser Tag, der Grosse Rat wird über die Aufklassierung der Veloverbindung Reussbrücke Gebenstorf-Windisch entscheiden. Die Botschaften, soweit ich sie gesehen habe, sehen gut aus. Es bleibt zu hoffen, dass die Politik den Anträgen des Regierungsrates folgt.

Im Moment wird die technische Machbarkeit der Velotunnelverbindung Brugg-Windisch geprüft. Die Grundlagen sollen für die Testplanung des Stadtraums Bahnhof Brugg-Windisch 2024 vorliegen.

Beim Stadtraum hat letzte Woche die zweite Sitzung der Echogruppe wiederum in Workshopform stattgefunden. Es wurde aufgezeigt, welche Erkenntnisse aus der Partizipation in die Testplanung aufgenommen werden. Ein erster Entwurf des Testplanungsprogrammes wurde den Mitgliedern der Echogruppe zugänglich gemacht. Was sind die Ziele der Testplanung? Grundsätzlich Lösungsansätze, im Raum selber testen, nicht umsetzbare Optionen möglichst schnell verwerfen, die Bandbreite der möglichen Lösungen erkunden, allenfalls gibt es neue Ideen, auf die man noch gar nicht gestossen ist. Konflikte und kritische Umstände sollen rasch erkannt werden, damit diese bearbeitet werden können. Das wichtigste Ziel ist: «Visionen sind erwünscht», Entwicklungsbilder für den Raum, wie er sich in 20 bis 30 Jahren präsentieren soll. Von Seiten der Gemeinde sind Haltungen, vor allem auch zur Erschliessung, gefragt. Wird das neue Quartier über die Reutenen- und Klosterzelgstrass erschlossen oder braucht es tatsächlich eine Zentrumsentlastung mit einem Anschluss? Oder, da sind wir sehr offen, bringen die Testplanungsbüros andere Varianten ein, wie die Erschliessung geregelt werden kann. Wir wünschen uns, dass den Testplanungsbüros offen begegnet wird. Vor der Sommerpause werden die Grundlagen für die nächste Kredittranche Testplanung fertig erarbeitet und die Botschaft für eine erste Lesung bereits im Gemeinderat erstellt. Am 19. September 2023 findet ein Informationsanlass zur Kreditvorlage

Protokoll des Einwohnerrates
14. Juni 2023

Testplanung statt, dieser steht auch der Öffentlichkeit offen. Der Einwohnerrat wird im Oktober über die Kredittranche befinden.

Neubau Schulhaus Dohlenzelg

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Der Kredit für den Neubau der Schulanlage Dohlenzelg wurde mit grossem Mehr vom Stimmvolk angenommen, was den Gemeinderat sehr freut. Das Baugesuch ist inzwischen eingegangen und wird vom 16. Juni bis 16. Juli 2023 öffentlich aufliegen. Ende August 2023 ist eine Ausschuss-Sitzung geplant. Die Regelung über eine Kompetenzdelegation bei Vergabeanträgen soll unter anderem diskutiert und ein Kommunikationskonzept erarbeitet werden. Ziel ist, den Einwohnerrat wie versprochen an den Sitzungen regelmässig über den aktuellen Stand zu informieren.

17 Neueingänge 14.06.2023

Keine Neueingänge

Schluss der Sitzung: 22.40 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindeschreiber II:

